

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

193 (21.8.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablofen oder am Posthalter monatlich 1.60 M., vierteljährlich 4.50 M. Zugestellt durch unsere Träger monatlich 1.70 M., vierteljährlich 5.10 M.; durch die Post 1.74 M. bezw. 5.22 M. vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags; Samstag: 1/2-11 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481

Anzeigen: Die 7spalt. Kolonnenzeile od. deren Raum 25 A, zuzügl. 80 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmefluß 1/2 Vorm. für größt. Aufträge nachm. zwotr. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Der erste Landtag der Republik Baden.

Von Dr. E. Kraus, M. d. L.

Die ersten großen Wirtschafts- und sozialpolitischen Taten hat der Landtag vollbracht mit dem Sperrgesetz, dem Gesetz über die Kulturbesserung und dem neuen Steuergesetz. Das sogenannte Sperrgesetz, das Gesetz den Verkehr mit Grundstücken betreffend, vom 15. April, bedeutet eine soziale Tat und ist es wahrlich wert, in allen seinen Einzelheiten von unseren Genossen draußen studiert zu werden. Mit diesem Gesetz soll den wahnwitzigen Spekulationskäufen und Verkäufen, die besonders seit der Revolution mit Grundstücken und Häusern betrieben worden sind, ein Riegel vorgeschoben werden. Gerade im gegenwärtigen Ausmaß der hohen Lebensmittelpreise ist es notwendig, jede übermäßige Wertsteigerung des Bodens zu verhindern. Der Kettenhandel, der besonders in Städten mit Häusern getrieben worden ist, hat die Mieten unheimlich in die Höhe getrieben. Das Gesetz bestimmt, daß jeder Liegenschaftsverkehr von der Genehmigung des Bezirksamtes abhängig ist. Damit ist zum erstenmal der Satz des § 14 der badischen Verfassung, der bestimmt, das Eigentum ist beschränkt durch die Rücksicht auf gemeinwirtschaftliche Interessen, zur praktischen Anwendung gelangt. Zwei weitere Bestimmungen veralltändlichen erst die ganze Bedeutung des Gesetzes. Die Allgemeinheit, also Staat, Gemeinde und gemeinnützige Körperlichkeiten, haben bei jedem Liegenschaftsverkehr das Vorkaufsrecht und im Falle eines widerstreitenden Verhaltens des Betroffenen kann jederzeit die Enteignung vollzogen werden. Die Wirkung dieses Gesetzes hängt natürlich von seiner Durchführbarkeit ab. Daß das Gesetz bereits bedeutende praktische Wirkungen gehabt hat, beweisen die zahlreichen Prozesse, die auch gerade jetzt wieder beim Verwaltungsgerichtshof anhängig sind. Es ist nicht wahr, daß das Gesetz eine unerträgliche Belastung und Senkung des Liegenschaftsverkehrs bedeutet, und man hätte deshalb ruhig alle Grundstücksverkäufe auch die von Grundstücken unter 1 Hektar in das Gesetz einbezogen können. Denn ehrliche Verkäufe werden durch das Gesetz nicht verhindert und unehrliche verdienen keine Schonung. Der Landtag wird der Durchführung seines Sperrgesetzes auch weiterhin seine volle Aufmerksamkeit widmen, wie eine erst kürzlich von unserer Fraktion gestellte Anfrage an die Regierung beweist, die zugleich verlangt, daß bis zum Herbst dem Landtag eine Statistik über die Wirkungen dieses Gesetzes vorzulegen ist.

Ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung von Grund und Boden ist das Gesetz die Durchführung von Kulturbesserungen betreffend vom 29. Juli. Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln muß die Ertragsfähigkeit unseres heimischen Bodens gesteigert werden. In großartiger planmäßiger Organisation müssen die notwendigen Meliorationen durchgeführt werden. Trotz der durch den Krieg und seine landwirtschaftlichen Schädigungen und durch den Friedensvertrag mit seinen drückenden Bedingungen verursachten Notwendigkeit, trotz der Bedrückung von Zuschüssen und Beihilfen vom Staat waren vor allem in den Kreisen der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe immer wieder Widerstände zu verzeichnen. Die Allgemeinheit, die heute mehr denn je auf den Ertrag des heimischen Bodens angewiesen ist, hat ein Recht, diese Widerstände zu brechen. Dazu soll dieses Gesetz dem Staat das Recht geben, indem er von der Melioration der Wassergenossenschaften zur Durchführung der Meliorationen, die vor allem bei uns in Weinbauregionen und Weinbaugebieten bestehen, gebildet werden können. Gerade auf diesem Gebiet bleibt ja noch das meiste zu tun übrig, aber dieses Gesetz gibt in Verbindung mit dem bereits in Vorbereitung befindlichen Siedlungsgesetz dem Staate die Möglichkeit in die Hand, alles unrentable bewirtschaftete Land in eigene planmäßige Bewirtschaftung zu nehmen. Es sei erlaubt, in diesem Zusammenhang anzudeuten, daß der nächste Landtag sich mit der Sozialisierung der Standesherrschaften befassen wird. Durch Verstaatlichung der Standesherrschaften mit ihren zahlreichen verpachteten Forstbesitzungen und ihrem riesigen Waldbesitz wird der Staat einen weiteren großen Schritt in der planmäßigen landwirtschaftlichen Produktionspolitik und damit zugleich in der Verwirklichung von Grund und Boden mit ihren Schichten tun.

Zum Schluß sei noch der neuen Steuervorlage gedacht: Gesetz die Steuererhebung für das Jahr 1919 betreffend vom 23. Juli. Unter Genosse Marum, der im Landtag zu diesem Steuergesetz sprach, hat sicher allen unseren Genossen aus der Seele gesprochen, wenn er sagte, „man kann ja nie davon sprechen, daß Steuererlässe im allgemeinen populär seien, aber das kann gesagt werden: wenn einmal eine Steuererhebung in ihrer Ausgestaltung dem Volk ersichtlich gemacht ist, dann ist es diese Steuererhebung.“ Das neue Steuergesetz, das notwendig war, durch die ungeheure Verdrückung des badischen Staates und die riesigen außerordentlichen Aufwendungen des Staates, die durch Teuerungsvorlagen an Beamten und Arbeiter, durch Senkung der Lebensmittelpreise usw. notwendig geworden ist, ist ge-

tragen von dem Gedanken, die unteren Einkommensklassen möglichst zu schonen, dagegen die oberen umso härter heranzuziehen. Die Einkommen bis zu 6000 M sind von den neuen Steuerzuschlägen ganz frei gelassen worden auf sozialdemokratischen Antrag, dagegen sind die oberen Einkommen und besonders Vermögen durch entsprechende Staffelung weit härter erfaßt worden, als das in der Regierungsvorlage vorgesehen war. Damit ist ein großer Schritt zu einer sozial gerechten Steuerpolitik gemacht worden. Wenn die neue Steuererhebung für den einen oder anderen ungewollte Härten mit sich bringt, so müssen wir heute alle miteinander uns darüber klar sein, daß wir diesen müssen für die Fehler und Ungerechtigkeiten, die das alte Schlimm besonders in seiner Finanz- und Steuerpolitik gemacht hat. Eines ist noch hervorzuheben, nämlich dieser Steuererhebung wurde im badischen Landtag auch über die Reichsfinanzpolitik und insbesondere über die Frage der Verdrückung der Steuerverwaltung gesprochen. Alle Parteien waren sich darüber einig, daß die ungeheure Finanznot das Reich auch in verwaltungsrechtlicher Beziehung zu ganz außerordentlichen und in die Selbstverwaltung der Staaten und Gemeinden schwer eingreifenden Schritten zwingt. Wir Sozialdemokraten erklären uns ausdrücklich sowohl mit der Reichseinkommensteuer als auch mit der Verdrückung der Steuerverwaltung einverstanden, weil es für uns keinen Sinn hat, uns wirtschaftlichen Notwendigkeiten entgegen zu stemmen.

Der polnisch-kommunistische Frevel in Oberschlesien.

Aus Weimar wird uns geschrieben: Die Vorgänge in Oberschlesien fügen uns seit Monaten ganz unübersehbare Schäden zu. Nicht nur die verführte und systematisch verbeulte ober-schlesische Arbeiterkraft wird durch die fortgesetzten wilden Streiks, durch die Mißhandlungen und andauernden Wandkämpfe aufs schmerzlichste geschädigt, sondern auch Millionen deutscher Arbeiter und unter geistige Volkswirtschaft. Die polnischen Agitatoren arbeiten Hand in Hand mit den Kommunisten, wobei die Unabhängigen Helfershelfer leisten. Die großen Geldmittel für das verführte Treiben fließen nicht nur von der Nationalbank, sondern auch für die Kommunisten aus den gleichen Quellen. Die armen polnischen Arbeiter, zumal in heutiger Zeit, sehr leicht eine Beute der mit allen Fähigkeiten verbredlichen Struppellosigkeit ausgestatteten polnischen Agitatoren wurden, ist unvorstellbar. Die polnische Agitation ist nicht nur ein schändliches Verbrechen, sondern ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die polnische Agitation ist nicht nur ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sondern ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die polnische Agitation ist nicht nur ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sondern ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Wie überrollt, so erst recht in Oberschlesien, werden die unorganisierten und politisch nicht aufklärten Arbeiter zu Gefährten der kommunistischen Propaganda. Der großpolnische Agitator, der polnische Waffe und der kommunistische Betrug, die in den gemeinsamen Arbeit des Unglück an, das dort sich abspielt. Aber nicht minder, genau genommen in noch höherem Maße schuldig an dem, was sich jetzt in Oberschlesien abspielt, sind die preussischen Regierungen des alten Regiments, besonders aber die ehemals dort waltenden Polizei- und Polizeibehörden. Mit einer Stupidität wie sie in politischen Dingen besonders bei den enghirnigen und kurzschneidigen preussischen Militärs anzutreffen ist, sind während des Krieges polnische Aufklärungsarbeiten mit brutaler Gewalt unterdrückt worden. Das Generalkommando des 6. Armee Korps in Breslau hat darin Verbrechen auf Verbrechen gesammelt. Die ober-schlesischen Arbeiter wurden während des Krieges nach polnischer Auffassung. Sollte sie ihnen gegeben werden, dann hätten heute weder der nationalpolnische, noch der kommunistische Sekundat einen solchen Versuchswort. Die ober-schlesischen Arbeiter sind ungeduldet der an ihnen von den früheren Besatzungsmächten und von den Internationals verübten schändlichen Verbrechen ausgesetzt. Eine brutale Polizei, deren Methoden Schändlichen kaum fassbar erscheint, tat das Übrige. Das Beamtentum der Werke wie auch die Staatsbeamten, glauben ihren Hoch- und Uebermut jederzeit an den ober-schlesischen Arbeiter erproben zu dürfen.

So haben Regierung, Militärs, Polizei und Internationals eine Situation geschaffen, die nimmermehr zu den katastrophalen Explosionen geführt hat. Daß die Sozialdemokratie jezt und innerhalb weniger Wochen nicht auf machen und in Ordnung bringen kann, was die ehemalige Schandregierung und ihre elenden Trabanten in Oberschlesien jahrelang geübt haben, ist selbstverständlich. Für wüste Schrecken sind momentan große Kreise der ober-schlesischen Arbeiter empfänglich, nicht aber für Maßnahmen zum Besseren und Befahrenheit. Und da man die ungeheuren Werte in Oberschlesien nicht dem Wüten einzelner verbeulten Wölfe auslösen kann, muß lieber mit militärischen Machtmitteln vorgegangen werden. Das ist Notwehr, aber die wahren und wirklich Schuldigen sind nicht die jetzt entlassenen Wölfe, sondern die ehemals regierenden Mächte, die den Boden für die großpolnische und kommunistische Agitation bearbeitet hat. Wir fürchten, daß es in

Oberschlesien noch zu bösen und recht blutigen Auseinandersetzungen kommen wird.

Abbruch der deutsch-polnischen Verhandlungen.

Breslau, 20. Aug. Zu Beginn der heutigen Sitzung gab der Vorsitzende der polnischen Kommission, Unterstaatssekretär von Wrublewski, die Erklärung ab, daß die polnischen Vertreter es angesichts der Vorgänge in Oberschlesien für angezeigt hielt, die Verhandlungen abzubrechen, da zu ihrer Weiterführung eine friedliche Grundlage notwendig sei. Von deutscher Seite erklärte Geheimrat Roehrs, daß in kürzester Zeit eine besondere Konferenz zur Besprechung der ober-schlesischen Frage einberufen werde. Die Sitzung wurde sodann aufgehoben.

Das Ende des Aufstandes in Oberschlesien.

Kattowitz, 20. Aug. Der Aufstand in Oberschlesien ist jetzt im großen und ganzen niedergedrückt. Mit einzelnen Banditenbanden sind allerdings noch Kämpfe im Gange, besonders südlich von Rybnik und südlich Kattowitz. Dies ändert jedoch nichts am Gesamtergebnis, denn auch diese Banden werden sehr bald übermächtig sein. Die Berliner Zentralstellen sehen daher den Aufstand als beendet an und die Lage wird günstig beurteilt.

Die Friedensverhandlungen mit Oesterreich und Bulgarien.

Paris, 20. Aug. Kabas. Der Oberste Rat hat am Dienstag nachmittag das Redaktionskomitee angehört, welches beauftragt ist, den endgültigen Text des Friedensvertrages mit Oesterreich festzusetzen und ihm in Bezug auf den einseitigen Weg die nötigen Anweisungen zu geben. Man glaubt, daß das Redaktionskomitee seine Arbeiten Ende dieser Woche abschließen kann, und daß der Friedensvertrag, nachdem er vom Obersten Rat ausgehoben worden ist, der österreichischen Delegation ungefähr Mitte nächster Woche übergeben werden kann.

Die bulgarische Delegation ließ der Friedenskonferenz zwei Noten übergeben. Die erste Note betrifft das westliche Thrakien und kommt zu dem Schluß, daß das Gebiet zwischen Mesia und der Maritsa aus historischen ethnographischen und wirtschaftlichen Gründen zu Bulgarien gehören müsse. Die zweite Note bezieht sich auf die vom interalliierten Komitee geforderten militärischen Maßnahmen, die die Entwaffnung des Oesterreichs, die Verminderung des Offizierskorps usw. betreffen. Gegen diese Forderungen wird protestiert.

Die Pogromhehe.

Die Judenhehe ist ein Teil der militärischen und antirevolutionären Reaktionen. Sie soll dazu dienen, die Schuld der Militärsamaritanen und der Altschulden am Zusammenbruch Deutschlands zu bedecken. Man will den Juden, die in der deutschen Regierung, Diplomatie und Generalität vor dem Kriege gewiß nicht verreten waren, die Schuld am Kriege und an seinem unglücklichen Ausgang zuschieben. Dabei knüpft man besonders an das Märchen an, daß die Juden die Hauptträger der Revolution waren, was für Deutschland ganz gewiß nicht zutrifft. Man beschimpft sie zugleich als Dealer des internationalen Kapitals und als Volkseigenen.

So lange der Antisemitismus sich darauf beschränkt, jüdenfeindliche Gesetze mit den Mitteln des Wortes und der Schrift anzutreiben, genießt er dieselbe Freiheit der Republik wie jede andere politische Bestrebung. Sobald aber zu Gewalttätigkeiten aufgefordert oder geschrieben wird, muß dieser reaktionäre Brutalität und Niedertracht mit den härtesten Gewaltmitteln entgegengetreten werden. Sind es auch nur kleine Kreise, welche die Pogromhehe treiben, so bilden sie doch bei der ungewissen Verfassung, der gegenwärtig das deutsche Volk verfallen ist, eine ernste Gefahr für die öffentliche Sicherheit.

Vor uns liegt eine Zeitschrift „Der deutsche Volkstraß“, herausgegeben von Dr. Heinrich Ruder, Leipzig, Eisenstraße 84. Diese Zeitschrift bekennt sich in seiner Nummer 18 ausdrücklich zum Programm gewalttätiger Ausschreitungen. Charakteristisch für seinen Geist ist wohl, daß die bekannten Antisemiten Generalsekretär Richard Kunze und Th. Freitja als pflanzende Kulturantisemiten verworfen werden, daß der deutschnationalen Volkspartei nachgesagt wird, sie sei durch ihren Vorsitzenden Minister a. D. Herot und ihren Kassierern Paniker Bruno Eder von der Planh einseitigen für jüdische Interessenpolitik. Zum Pöbel gegen das Judentum wird die Stimmung „des germanischen Ozeans im eigenen Selbstbehaltungsbelange“ gefördert und ausdrücklich ausgesprochen: „es bleibt nur der Pogromantisemitismus.“ Das Programm des „deutschen Volkstraß“ und des mit ihm verbundenen „Friedens-Bundes“ wird dahin zusammengefaßt: „Alle dem gegenüber erklären wir ganz offen, daß uns jedes Mittel recht ist, von den Juden befreit zu werden, und daß wir gegen Pogrome, wenn sie ihren Zweck erfüllen, nicht eingeordnet haben. Wir verstehen auch, daß wir nur einen Antisemitismus, der mit der Befreiung vom Judentum ernst macht, für ernsthaft halten können, und daß wir jeden anderen Antisemitismus nicht ernst nehmen können; am allerwenigsten heute. Wir sprechen das als Pioniere aus, gleichgültig, ob in der Erde viele noch beiseite blühen oder blühen. Jagelana haben wir die Forderung gestellt, die Juden nicht nur in ihren Kreisen zu bekämpfen, sondern ganze Arbeit machend sie hinauszubringen.“

Gegenüber dieser unerschrockenen und unerschämten Hehe zu Gewalttätigkeiten scheinen uns die Mittel des Reichswehrministeriums, Zeitungserbot und Schutzhaft, so lange sie überhaupt angewendet werden, wohl angebracht. Wir bewahren wachsam nicht erst zu warten, bis die vereingesteten Schlägerer, die sich schon ereignet haben, sich zu größeren Unruhen ausbreiten.

Zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes.

Nr. 57.

Große Sitzung vom 17. Oktober 1918.

Vizekanzler v. Payer: Ich sehe nicht so schwarz wie Erzengel Scheidemann. Man muß da unterscheiden. Ich erinnere an die Stimmung des Sommers. Kein Mensch hat da geahnt, daß wir schließlich als Sieger aus dem Kriege herausgehen, aber der Krieg war dem Volke sehr verleidet. Trotzdem dachte niemand daran, daß wir zu Grunde gehen könnten. Wenn wir den Leuten sagen: Es gibt noch eine Möglichkeit, das abzuwenden, wenn ihr nur durchhaltet. Wenn ihr aber nicht nach ein paar Wochen halten könnt, dann müßt ihr damit rechnen, daß Deutschland halb und halb aus dem Kriege rausgeht. Das ist nicht die Lösung, die uns erdrückt wird — dann könnte man sie noch einmal hoch bekommen. General Ludendorff: Der Vizekanzler hat mir aus der Seele gesprochen. Es fragt sich nur: wie schaffen wir's?

Der Reichskanzler: Eure Erzengel wissen, daß ich damals nicht für die Friedensnote war, aber es wurde mir gesagt, jede Stunde kostet uns hunderttausend Mann und jeder Augenblick könnte eine Katastrophe herbeiführen. General Ludendorff: Es ist auch heute so, daß wir jeden Tag eingedrückt und geschlagen werden können. Vorgesetzt ist es gut gegangen; es kann auch schlecht gehen. Der Reichskanzler: Wie stark ist das Westheer? Oberst Geyer: Die Westfront zählt jetzt 91 Divisionen, davon 4 Ochseneinheiten und 7 aus dem Osten. Sie sind sehr verschieden an Stärke. 28 Divisionen haben nur Bataillionsstärke von ungefähr 200 bis 300 Mann. Die übrigen stehen sich ungefähr auf 400 bis 500 Mann. Der Reichskanzler: Als letztes Wort möchte ich mir folgende Frage erlauben: Wenn alle Maßnahmen getroffen werden, die eure Erzengel vorgeschlagen haben, wenn die Front für die nächsten Monate hält, sind dann eure Erzengel der Ansicht, daß wir dann im Laufe des nächsten Jahres eine Lage geschaffen haben werden, die besser ist als die, in der wir uns augenblicklich befinden? Wir müssen uns darüber klar sein, daß jede Kraftanstrengung, die wir jetzt machen und die sich nicht am Ende bezahlt macht, eine Kraftverschwendung bedeutet und eine Lage schaffen würde, deren Verantwortung wir tragen und der wir fest ins Auge sehen müssen. Können wir im nächsten Jahre den Krieg unter besseren Bedingungen beenden als jetzt? General Ludendorff: Jede Kraftanstrengung, die wir augenblicklich machen, verbessert unsere Lage. Der Reichskanzler: Das ist keine Antwort auf die Frage, die ich gestellt habe: Werden wir den Krieg unter besseren Bedingungen beenden, wenn wir den Wünschen der Obersten Ochseneinheit nachgeben? Es handelt sich jetzt noch nicht um die Verantwortung der Note Wilsons. Admiral Scheer: Unsere Lage wird sich bessern, weil die Gegner sich verflüchtigen wird. Deshalb sollen ja die Gegner gerade in diesem Herbst fertig werden.

Vizekanzler v. Payer: Der Eindruck der militärischen Lage ist doch heute wesentlich günstiger als zu Anfang des Monats. Die Gründe dafür auf militärischem Gebiet? General Ludendorff: An der Front ist es der nicht gelungene Angriff des Feindes von gestern und vorgestern. Der Feind hat nicht ordentlich angegriffen. Hätte er alles getan, was er konnte, so wären wir geschlagen worden. Der Reichskanzler: Die Lage ist also nicht mehr dieselbe wie sie am 5. Oktober war, als wir veranlaßt wurden, den Friedensschritt bei Wilson zu tun. General Ludendorff: Ich habe den Eindruck, daß wir durch diese Note Bedingungen auf uns nehmen, die zu hart sind, mühten wir dem Feinde sagen: Entspricht euch solche Bedingungen. v. Payer: Sei es nicht möglich, daß wenn neue militärische Erfolge eintreten, wir die Front nicht mehr halten könnten, daß wir dann sofort Frieden schließen müßten? Ludendorff: Wäre die Front so geschwächt, daß man absolut nichts zu befürchten hätte, dann wäre die ganze Aktion nicht von uns gemacht worden. Er habe ja jetzt auch wieder ausdrücklich erklärt, daß die Aktion fortgesetzt werden sollte. Wir würden vielleicht gezwungen sein, noch mehr zurückzugehen. Daß eine Katastrophe eintrete, befürchte ich jedoch nicht. Werde aber trotzdem die Lage schlechter, dann müßte eben der angekommene Feind weiter fortgeschritten werden. Wenn wir tatsächlich geschlagen werden sollten, so mühten wir eben sofort kapitulieren. Gefährlich könnte es werden, wenn wir bei Verdun eine Niederlage erleiden, sonst sehe er die Gefahr nicht für so groß an. Solf: Die Frage sei, ob wir eine etwas heftigere Antwort wählen dürfen, die unserer Würde entspräche, auch auf die Gefahr hin, daß Wilson abschnappe. Können wir dies verantworten? Ludendorff: Ja, wir können es verantworten.

(Fortsetzung folgt.)

Das schlafende Heer.

Roman von Clara Viebig.

Der Durich ging an seines Vaters Haus vorüber — dort war's, gefiel es ihm? — gemütlich fiel Lampenchein durch die Läden. Jetzt brauchte die Mutter die kleinen Schwefelkerzen zu Welt, und dann würden sie mit dem Nachbarn auf ihn warten. Zum Pferdemarkt war er gewiesen, einen Gaul sollte er kaufen — zum Frühjahr vielleicht noch einen zweiten — mochten die zu Haus nun denken, daß er sich dabei verpöbelte hätte! Das ging doch nicht an, daß eine so hübsche allein durch die Nacht wanderte! „Gelt?“ Er sah sie wieder um die Ecke — die paar Häuser lagen bereits hinter ihnen — und zog sie näher an sich. Sie ließ sich gehen. Und durch ihre Gedanken kochte es: zwei Pferde, das ging an! Sobessers Sohn, der einzige noch dazu, das ging auch an! Und ein hübsches Haus, besser fast als die Propstei! Nach Polen in Stellung zu gehen, sich wieder quälen zu lassen von einer neuen Herrin, das war doch gar nicht angenehm! Sie murmelte und ballte die Hand: „Mia freu!“ „Was gefällig?“ fragte er, „sagst du wat?“ Da lächelte sie ihn an und lehnte sich für einen kurzen Augenblick ganz weich gegen seine Schulter. „Ich danke der heiligen Mutter, daß sie mich hat lassen dich treffen!“ Jetzt drückte sie seine Hand: „Valenty!“ Wie seltsam sein Name aus ihrem Munde klang, ganz anders als sonst! Aber hübscher, viel hübscher! „Sag et noch einmal!“ Und als sie mit schmeichelnder Stimme wiederholte: „Valenty, Valenty,“ jenseits er in plötzlichem Bewußtsein auf: „Stasja, Stasja!“ Sie korrigierte ihn: so war's noch nicht ganz recht gesprochen! Je einmal wohl ließ sie ihn sagen: „Stasja.“ Nun war's richtig! O, er hatte eine geliebte Zunge — wie ein Bole — er würde gut lernen. Und sie redete ihm Schmeichelnamen vor:

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 19. August.

Um 4.20 Uhr wird die Sitzung vom Präsidenten Fehrenbach wieder eröffnet. Es folgt die dritte Beratung des Tabaksteuergesetzes.

Abg. Krensholtz (D.N.): Ein wesentlicher Teil meiner Freunde kann sich nicht entschließen, dem Gesetzentwurf, wie er jetzt vorliegt, zuzustimmen. Der Rest und ich speziell werden unklare Bedenken, so schwerwiegend sie auch sind, in Anbetracht der ungünstigen Finanzlage zurückstellen und das Gesetz annehmen. Das Gesetz wird mit einigen unerheblichen Änderungen gegen die Stimmen eines Teiles der Deutschnationalen und die der Unabhängigen angenommen. Ohne Erörterung tritt das Haus dem Vorschlage des Ausschusses für Volkswirtschaft bei, die Regierung zu ersuchen, den Ausbau der Zwangsbevirtschaftung für Gummi in die Wege zu leiten, sowie einer längeren Entschärfung, die im wesentlichen bestimmt, die Zwangsbevirtschaftung für Leder und Lederverarbeiten aufzuheben, die Ausmaßung des Brotgetreides schleunigst auf 81 Prozent herabzusetzen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über die Reichsfinanzverwaltung.

Verichterstatter Abg. Burloge (Ztr.) stellt fest, daß er auch im Ausnahmefalle die Auffassung, daß die Erhebungen von den Landesbehörden vorzunehmen seien, vertreten habe, daß aber der Ausschuss mit großer Mehrheit anders entschieden habe. Abg. Dr. Braun-Branten (Soz.): In der vorliegenden Frage wurden parteipolitische Interessen gegen die in der Nationalversammlung herrschende Auffassung ausgespielt. Das Reich denkt gar nicht daran, die Rechte der Länder und Gemeinden zu vermindern zu wollen. Die eingetragene Bestimmung über die Reichseinkommensteuer in § 46 würde vom demokratischen Standpunkt aus am besten einfach abgelehnt. Wir haben aber der Auffassung der Regierung begründete Achtung geschenkt und werden ihren Wünschen Rechnung tragen. Abg. Beder-Deffen (D.N.): Die Einzelstaaten verlieren durch die neue Organisation tatsächlich die Grundidee ihrer Existenz und leben nur soweit das Reich ihnen entsprechende Zuwendungen überläßt. Damit geht auch ein Teil der Hoheitsrechte der Einzelstaaten verloren. Wir gehen damit auf dem Wege der Vereinfachung unserer Einrichtungen ein gutes Stück weiter. Die Regierung hat behauptet, die Steuerverwaltung in den Bundesstaaten habe bisher nicht gleichmäßig funktioniert, namentlich in Preußen habe sie viel zu unzulänglich abgelaufen. Werden die Reichsbehörden eine gründlichere und gleichmäßigere Arbeit leisten? Ein Beweis wurde nicht erbracht und konnte nicht erbracht werden. Das kann nur die Zukunft. Im übrigen kommt es nicht auf die Organisation, sondern auf die praktische Arbeitsfähigkeit, auf Arbeitskraft und Lernwilligkeit an. Ich warne, der neuen Organisation so hochgedrehte Hoffnungen entgegenzubringen, wie sie die Reichsfinanzverwaltung zu erwecken vermag. Schwerwiegende sachliche Gründe sprechen gegen die Neuorganisation.

Reichsfinanzminister Erzberger: Durch die Reichsabgabebestimmung wird die Reichsfinanzverwaltung nicht geändert, sondern einfach Artikel 14 ausgeführt. Der Standpunkt, daß die Einzelstaaten das geeignete Beamtenmaterial nicht finden würden, ist überwinden. Für die Steuerverwaltung werden die besten Kräfte aus ganz Deutschland zusammengeholt werden. Durch die Vorlage wird ein größerer Schritt zum Einheitsstaat getan, aber nicht aus politischen Gründen, sondern aus technischen. Die ungeheure Verdrängung der steuerrechtlichen Verhältnisse zwischen Reich und Einzelstaaten ist ein durchschlagender, gebieterischer Grund für die Neuorganisation. Die süddeutschen Staaten und Sachsen werden schon in den nächsten Tagen die Landesfinanzämter einrichten. Auch die Personen sind schon bezeichnet. Bei den Verhandlungen ist man unteren Wünschen durchaus entgegengekommen. Die Kleinstaaten sind nicht unzufrieden, sondern sie haben mit drei Ausnahmen sich nach eingehender und gewissenhafter Prüfung unseren Standpunkt geteilt. Die ganze deutsche Industrie hat keinen feindseligen Wunsch als eine reichsweite Steuerverwaltung. Nachdem die Einzelstaaten so große Opfer gebracht haben, sollte auch die Nationalversammlung ein Opfer bringen.

Abg. Dr. Blund (Dem.): Meine politischen Freunde stellen sich vorbehaltlos auf den Boden der Vorlage, durch die der Grundstein zu einem Gebäude gelegt wird für ein einiges und einheitliches deutsches Reich. Nur auf dieser Grundlage können wir zu einer Gesundung unseres ganzen Finanzsystems gelangen. Dazu gehört auch das Vertrauen unserer Bevölkerung. Wir hätten es lieber gesehen, wenn der Reichsfinanzminister gestern vom Staatsbankrott nicht gesprochen hätte. (Sehr richtig. Lebhaftige Zustimmung.) Der Redner schließt mit der Bitte, den ganzen § 46 zu freistellen.

„Maja duszko! Moje serce!“ Er wiederholte gelehrt und lachend; dies Dernen machte ihm viel Spaß. Dann machte sie sich plötzlich von seinem Arm frei und stellte sich vor ihn hin. „Se, aufgepaßt: das ist buzi!“ „Maja!“ Die Hände auf den Hüften gelegt, den Oberkörper immer mehr nach ihm hinneigend, lachte sie schelmisch und sah ihn doch gütlich dabei an: „Das ist buzi!“ Sie wippte den Mund. Da begriff er. Mit beiden Armen sie um die Schultern lassend, zog er sie gegen sich und drückte ihr einen derben Schmatz auf. Es war ihm, als hätte er eins über den Durst getrunken. Als er endlich zu Hause war. Schon manches Mädchen hatte er geküßt; schon ehe er zu den Soldaten kam, und dann erst recht — da war sogar eine in Köln, dem schönen Städtchen, die wartete nur darauf, daß er sie hierher nachkommen ließ, und die war eine Bürgerstochter und hatte auch Geld — aber er dachte jetzt nur an Stasja. Ach, die war doch ganz was anders! Seine Augen glänzten. Er war viel zu spät heimgekommen, sie hatten schon gegessen und sich auch fast schon genügend um ihn. Die Mutter hatte ihm Kaffe warm gehalten, nun prasselten noch die Bratkarthoffeln in der Wanne, und zwei mächtige Scheiben schmitzte sie ihm vom Schinken ab. Der Junge mußte so richtig hungrig sein.

Das war er auch, aber er sah beim Tisch, hintenüber gelehnt an die Bank, die Faust mit der aufrecht dastehenden Gabel neben dem Teller und piegte doch keinen Bissen auf. „Jung, koste mit Hunger? Du bist wohl ara müde?“ fragte die Mutter. Und der Vater, der, keine Worte rauchend, in der Stube auf und ab ging, wollte ganz etwas vom Markte hören. Aber Valentin blieb einfüßig, nur das Notwendigste brachte er heraus: ja, ja, sie würden schon einen Braunen kriegen, aber nicht vom Markt in der Kreisstadt, da würde man nicht handekneimig, die Polen wollten einen in alle übers Ohr hauen. Ein Gluck, daß er den Vö Scheitel aus Wastekas getroffen! Der war mit seinem Sohne und dem Wägelchen dazugekommen. Mit zurücknehmen hatten sie ihn auch freud-

lich gewollt, dann hätte er schon am Nachmittag dahelme kein können — aber mit nem Juden fahren, nein, da hatte er sich doch bedankt. Morgen würde der Scheitel ihnen nun ein Pferd vorführen, zu billigem Preis, und ein viel besseres, als die Ware auf dem Hofmarkt gewesen. Morgen — ja morgen! Den Teller zurückziehend, verlor der junge Mann mit offenen Augen in ein Träumen; morgen, ja morgen! Ob er die Stasja vielleicht dann wieder traf?

Was an die Sumpfwiese vorm Walde, die jetzt so fest gefroren war, daß man über sie hinweg den direkten Weg nehmen konnte, hatte er sie begleitet. Weiter wollte sie sich nicht bringen lassen; nein, nein, der Vater war so fiesel! Wollte der Valenty wissen, wie es ihr, dem armen Mädel ergangen war? Und sie hatte ihm die Wangen hingehalten, deren weißes Fleisch die Spuren eines Blühtages wies.

Der Alte war aber mal ein Grobian! Was konnte die Tochter dafür, daß sie hübsch war, so hübsch, daß der Herr von Gwaldboregsee ihn nachstellte und sie, da sie ihm nicht willig war, bei seiner Frau so verpeßt hatte, daß die sie Knall und Fall aus dem Dienst entlassen?! Das arme Mädchen! Valentin schloß ein inniges Mitleid und einen Horn dazu mußte der Grobian denn nicht ein Einsehen haben? 's war doch brav von der Stasja, daß sie sich dem Herrn widersetzt hatte!

(Fortsetzung folgt.)

Preuß. Behr.rat Schwarz: Namens der preussischen Regierung bitte ich Sie, den Antrag auf Streichung des § 46 abzulehnen und im Gegenteil entsprechend dem Antrag Gerold die Bestimmung wieder herzustellen, wonach eine Änderung des § 46 nur auf dem Wege der Verfassung vorgenommen werden kann. Preußen würde sich sonst vorbehalten müssen auf Grund der Bestimmungen des Artikels 74 der Verfassung Einspruch im Reichsrat zu erheben. (Hört, hört!) Und wir haben Grund zu der Annahme, daß es dabei die Mehrheit des Reichsrats zu der Annahme würde. Die preussische Regierung würde nur mit äußerstem Widerstreben von dem Mittel des Einspruchs im Reichsrat Gebrauch machen und würde sich aber im Falle der Ablehnung des Antrages Gerold außerhande setzen, anders zu verfahren. (Hört, hört!)

Abg. Dr. Wirth (Zentr.): Im Gegensatz zu der oben gehörten Erklärung Preußens bringen wir dem Gesetz kein Vertrauen entgegen. Preußen hat ja sogar erklärt, es werde sich unter Umständen im Interesse seiner Gemeinden genötigt sehen, aus politischen Gründen von der Verfassungsbestimmung Gebrauch zu machen und gegen etwaige Beschlüsse der Nationalversammlung in dieser Richtung Einspruch zu erheben. (Hört, hört! Bewegung.) In Süddeutschland wird man für die Reichsteuergesetze kein Verständnis haben, wenn man aufgrund der ausgezeichneten Veranlagung des Südens größere Opfer zu bringen hätte als der Norden. Wir begrüßen deshalb das Vorgehen des Reichsfinanzministers Erzberger, selbst wenn wir mit Schärmen von unserer Selbständigkeit Abschied nehmen müssen. Der ganze Streit wird abgeklärt, wenn man erst entscheidet, wie die Landesbesteuerungs-gesetze der Nationalversammlung vorgelegt werden. Dann wird sich auch eine verfassungsmäßige Mehrheit erzielen lassen. Der Ausgleichsstand des Finanzministers wird verschiedenen Parteien abhelfen. Vereinfachung läßt sich auch mit Dezentralisation verbinden. Nicht mit Freunden begrüßen wir das Gesetz, aber wir bringen die Opfer, um die Rettung des Reiches zu ermöglichen. Abg. Dr. Delbrück (D.N.): Wenn das Reich die Bundesstaaten auf einen Anteil an den Steuern verweist, muß dieser auch feststehen, damit die Einzelstaaten einen Etat aufstellen und ihren kulturpolitischen Aufgaben gerecht werden können. Die Annahme des Gesetzes ist uns nur möglich, wenn zu dem § 45i, bezogen auf § 46, der auch eine Verfassungsänderung bedeutet, der Antrag Gerold angenommen wird.

Abg. Wurm (N.S.P.): Das Gesetz muß jetzt verabschiedet werden. Die behördlichen Organisationen müssen am 1. Oktober ins Leben treten können. Wir werden das Gesetz mit dem uns von Preußen aufgewungenen Diktatfrieden verabschieden und deshalb für den Antrag Gerold stimmen. Damit schließt die Generaldebatte. In der Spezialdebatte wird der Antrag Wund auf Erziehung der Landesfinanzämter durch Reichsgesetz abgeändert. Abg. Gerold (Zentr.) macht in längeren Ausführungen auf die weittragenden Konsequenzen aufmerksam, die die Annahme des § 46 für das Reich haben würde.

Abg. Reil (Soz.): Nach unserer Auffassung gehört der § 46 überhört nicht in das Gesetz. Angesichts der Wichtigkeit der Regierung und angesichts der Gefahr, daß das ganze bedeutungsvolle Reformwerk scheitern könnte, sind wir bereit, nach dem Antrage Gerold diese Bestimmung aufzunehmen — In der Abstimmung gelangt der Antrag Gerold und mit diesem § 46 zur Annahme. Das Haus nimmt darauf auch sofort die dritte Lesung der Vorlage vor. In der Einzelberatung erklärt Abg. Reil (Vahr. V.): Wir erklären in der Zentralisierung die Durchbrechung des Rückgrates der Selbständigkeit der Länder und Gemeinden, eine finanzielle Entmündigung; und eine unermessliche Bevormundung ihres kulturellen und wirtschaftlichen Eigenlebens und werden deshalb gegen den Entwurf stimmen. Ohne weitere Erörterung wird hierauf das Gesetz in der Einzelberatung und schließlich im ganzen mit großer Mehrheit angenommen. Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch von mittag 9 Uhr. — Schluß gegen 3/10 Uhr.

Weimar, 20. August. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die zweite Beratung des Erbschaftsteuergesetzes. Abg. Graf Kosobowsky: In der Ausschussberatung hat der Entwurf so wichtige Änderungen erfahren, daß wir eine gründliche Durchberatung für unbedingt notwendig halten. Wir können uns mit der Erledigung des Gesetzes nicht einverstanden erklären, falls die vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen abgelehnt werden. Geschieht das nicht, dann werden wir die Weiterberatung dieses Gesetzes mit den Mitteln der Geschäftsordnung zu verhindern suchen. Abg. Reil (Soz.): Verändert ist die Vorlage nur wesentlich hinsichtlich des Tarifs (Zuruf rechts: Das ist ja die Hauptidee!)

Weimar, 20. August. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr. Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die zweite Beratung des Erbschaftsteuergesetzes.

Abg. Graf Kosobowsky: In der Ausschussberatung hat der Entwurf so wichtige Änderungen erfahren, daß wir eine gründliche Durchberatung für unbedingt notwendig halten. Wir können uns mit der Erledigung des Gesetzes nicht einverstanden erklären, falls die vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen abgelehnt werden. Geschieht das nicht, dann werden wir die Weiterberatung dieses Gesetzes mit den Mitteln der Geschäftsordnung zu verhindern suchen. Abg. Reil (Soz.): Verändert ist die Vorlage nur wesentlich hinsichtlich des Tarifs (Zuruf rechts: Das ist ja die Hauptidee!)

Abg. Graf Kosobowsky: In der Ausschussberatung hat der Entwurf so wichtige Änderungen erfahren, daß wir eine gründliche Durchberatung für unbedingt notwendig halten. Wir können uns mit der Erledigung des Gesetzes nicht einverstanden erklären, falls die vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen abgelehnt werden. Geschieht das nicht, dann werden wir die Weiterberatung dieses Gesetzes mit den Mitteln der Geschäftsordnung zu verhindern suchen. Abg. Reil (Soz.): Verändert ist die Vorlage nur wesentlich hinsichtlich des Tarifs (Zuruf rechts: Das ist ja die Hauptidee!)

Abg. Graf Kosobowsky: In der Ausschussberatung hat der Entwurf so wichtige Änderungen erfahren, daß wir eine gründliche Durchberatung für unbedingt notwendig halten. Wir können uns mit der Erledigung des Gesetzes nicht einverstanden erklären, falls die vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen abgelehnt werden. Geschieht das nicht, dann werden wir die Weiterberatung dieses Gesetzes mit den Mitteln der Geschäftsordnung zu verhindern suchen. Abg. Reil (Soz.): Verändert ist die Vorlage nur wesentlich hinsichtlich des Tarifs (Zuruf rechts: Das ist ja die Hauptidee!)

Abg. Graf Kosobowsky: In der Ausschussberatung hat der Entwurf so wichtige Änderungen erfahren, daß wir eine gründliche Durchberatung für unbedingt notwendig halten. Wir können uns mit der Erledigung des Gesetzes nicht einverstanden erklären, falls die vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen abgelehnt werden. Geschieht das nicht, dann werden wir die Weiterberatung dieses Gesetzes mit den Mitteln der Geschäftsordnung zu verhindern suchen. Abg. Reil (Soz.): Verändert ist die Vorlage nur wesentlich hinsichtlich des Tarifs (Zuruf rechts: Das ist ja die Hauptidee!)

Abg. Graf Kosobowsky: In der Ausschussberatung hat der Entwurf so wichtige Änderungen erfahren, daß wir eine gründliche Durchberatung für unbedingt notwendig halten. Wir können uns mit der Erledigung des Gesetzes nicht einverstanden erklären, falls die vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen abgelehnt werden. Geschieht das nicht, dann werden wir die Weiterberatung dieses Gesetzes mit den Mitteln der Geschäftsordnung zu verhindern suchen. Abg. Reil (Soz.): Verändert ist die Vorlage nur wesentlich hinsichtlich des Tarifs (Zuruf rechts: Das ist ja die Hauptidee!)

Abg. Graf Kosobowsky: In der Ausschussberatung hat der Entwurf so wichtige Änderungen erfahren, daß wir eine gründliche Durchberatung für unbedingt notwendig halten. Wir können uns mit der Erledigung des Gesetzes nicht einverstanden erklären, falls die vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen abgelehnt werden. Geschieht das nicht, dann werden wir die Weiterberatung dieses Gesetzes mit den Mitteln der Geschäftsordnung zu verhindern suchen. Abg. Reil (Soz.): Verändert ist die Vorlage nur wesentlich hinsichtlich des Tarifs (Zuruf rechts: Das ist ja die Hauptidee!)

Abg. Graf Kosobowsky: In der Ausschussberatung hat der Entwurf so wichtige Änderungen erfahren, daß wir eine gründliche Durchberatung für unbedingt notwendig halten. Wir können uns mit der Erledigung des Gesetzes nicht einverstanden erklären, falls die vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen abgelehnt werden. Geschieht das nicht, dann werden wir die Weiterberatung dieses Gesetzes mit den Mitteln der Geschäftsordnung zu verhindern suchen. Abg. Reil (Soz.): Verändert ist die Vorlage nur wesentlich hinsichtlich des Tarifs (Zuruf rechts: Das ist ja die Hauptidee!)

Abg. Graf Kosobowsky: In der Ausschussberatung hat der Entwurf so wichtige Änderungen erfahren, daß wir eine gründliche Durchberatung für unbedingt notwendig halten. Wir können uns mit der Erledigung des Gesetzes nicht einverstanden erklären, falls die vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen abgelehnt werden. Geschieht das nicht, dann werden wir die Weiterberatung dieses Gesetzes mit den Mitteln der Geschäftsordnung zu verhindern suchen. Abg. Reil (Soz.): Verändert ist die Vorlage nur wesentlich hinsichtlich des Tarifs (Zuruf rechts: Das ist ja die Hauptidee!)

Literatur.

Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. April 1919. Nebst den neuerlichen Ausführungsvorschriften und Entschieden. Von G. Leppert. Verlag der G. Braunischen Hofbuchdruckerei in Karlsruhe. Preis 70 Pf.

Dieses Schriftchen, aus der Praxis heraus entstanden, soll den Arbeitsämtern und Fürsorgestellen, wie auch den Erwerbslosen selbst einen zusammenfassenden Abrund der diesbezüglichen Bestimmungen, Vorschriften und Auslegungen bieten. Es bildet eine Ergänzung zu der früheren Prospekt des Verfassers „Die Arbeitslosenfürsorge“, welche eine Zusammenstellung und Erläuterung der diesbezüglichen gesetzlichen Verordnungen vom 13. November 1918 bis 15. April 1919 enthält.

Abg. Graf Kosobowsky: In der Ausschussberatung hat der Entwurf so wichtige Änderungen erfahren, daß wir eine gründliche Durchberatung für unbedingt notwendig halten. Wir können uns mit der Erledigung des Gesetzes nicht einverstanden erklären, falls die vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen abgelehnt werden. Geschieht das nicht, dann werden wir die Weiterberatung dieses Gesetzes mit den Mitteln der Geschäftsordnung zu verhindern suchen. Abg. Reil (Soz.): Verändert ist die Vorlage nur wesentlich hinsichtlich des Tarifs (Zuruf rechts: Das ist ja die Hauptidee!)

Abg. Graf Kosobowsky: In der Ausschussberatung hat der Entwurf so wichtige Änderungen erfahren, daß wir eine gründliche Durchberatung für unbedingt notwendig halten. Wir können uns mit der Erledigung des Gesetzes nicht einverstanden erklären, falls die vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen abgelehnt werden. Geschieht das nicht, dann werden wir die Weiterberatung dieses Gesetzes mit den Mitteln der Geschäftsordnung zu verhindern suchen. Abg. Reil (Soz.): Verändert ist die Vorlage nur wesentlich hinsichtlich des Tarifs (Zuruf rechts: Das ist ja die Hauptidee!)

Wir haben fünf Jahre unsere Wünsche nach einer gerechten Erbschaftsteuer zurückgestellt. Jetzt können wir auf Ihre reichste Erbschaftsteuer nicht mehr verzichten.

Das Haus tritt in die Beratung der Vorlage ein. Abg. Weder-Hessen (D.S.): Erklärt den Ausschussbericht. Das Gesetz hat durch den Ausschussbericht auch für Abstammung und Ehegatten eine wesentliche Veräufserung erfahren.

Abg. Kell (Soz.): Das Gesetz bedeutet eine Revision der ganzen Vermögensordnung, indem es die Frage aufwirft, ob die Vererbung beibehalten werden soll. Die Finanzlage des Reiches läßt die Frage verneinen. Wir müssen außerordentlich rasch arbeiten, weil große Vermögensverluste dieser Jahre nachgeholt werden müssen. Auch ist die Steuerbelastung nicht befriedigend.

Jeder Tag des Börsens bringt dem Reiche einen Verlust von 1 Millionen Mark. Die Erbschaftsteuer ist die eigentliche große Belastung, die wir haben, und die deshalb ausgebaut werden muß. Die Frage ist, ob es nicht endlich gelöst, sondern hier wird nur ein erster Schritt getan. Einmalig des Reiches und des Erbes des Reiches erreicht die Vorlage nicht immer das, was die Regierung 1908 und 1913 verlangt hat. Auch heute noch macht sich ein unerträgliches, die großen Massen geradezu aufreizender Luxus bemerkbar. Die wichtigste Aufgabe ist, die menschliche Arbeitkraft gegen Überlastung mit Verbrauchssteuern zu schützen. In dieser Hinsicht werden wir bis an die äußerste Grenze gehen. Nur die dauernde Erbschaftsteuer kann dem Elend in den Tiefen der Gesellschaft steuern. Wir nehmen das Gesetz heute als Abschlagszahlung an.

Abg. Dr. Halding (Dem.): Wir haben dies Gesetz mit Freuden begrüßt, da es endlich die Versteuerung des Kindes- und Ehegattenerbes bringt. Nach den Ausschussvorstellungen wird der Betrag über 800 Millionen Mark jährlich fröhen. Ohne das Korrelat einer Erbschaftsteuer ist eine durchgreifende Vermögenssteuer gar nicht denkbar. Wir wünschen lebhaft die Erledigung des Gesetzes noch im Rahmen dieser Tagung.

Abg. Damm (D.V.): Die schon ohnehin so schwer belasteten großen im Grundbesitz und in industriellen Betrieben festgelegten Vermögens können diese ererbte Erbschaftsteuer, die zwischen 35 bis 90 Prozent beträgt, ummäßig tragen. Sie werden reibungslos zusammenbrechen. Wir dürfen uns nicht zu Mittelschichten am Zusammenbruch machen, und wir werden mit wenigen Ausnahmen gegen das Gesetz stimmen, wenn der Ausschussvorstellung angenommen wird.

Abg. Rastbach (D.V.): Wir haben der Regierungsvorlage von vornherein zugestimmt, aber gegen die Verschärfungen des Ausschusses haben wir die erheblichsten Bedenken. Die Sätze des Ausschusses bedeuten eine Versteuerung des Vermögens und des Erbes, die den Erwerbssinn und den Sparanreiz in weitestem Maße laßt. Wir bitten dringend, die Steuerhöhen der Regierungsvorlage wieder herzustellen und beizubehalten, für Grundbesitz aller Art, wenn der Erbsatz in kurzer Zeit sich wiederholt, die Steuer zu erlassen oder wenigstens zu ermäßigen.

Abg. Barm (U.S.): Der Art gehörend, nicht aus eigenem Triebe, hat eine Regierung, in der zwar Sozialisten sind, die aber keine sozialistische Weltanschauung vertritt, eine Erbschaftsteuer eingebracht, die in den bestehenden Verhältnissen eine große Verwirrung herbeiführen hat, die aber unserer Meinung nach noch lange nicht weit genug geht. Wir sind der Meinung, daß diese Vorlage nur der erste Schritt zu einer grundsätzlichen Sozialisierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist. Möchten die weiteren entscheidenden Schritte recht bald von den neuen Körper, geschaffen sein, die hoffentlich recht bald an die Stelle der Nationalversammlung treten werden.

Damit schließt die allgemeine Aussprache die Anträge der Rechten ab. Es bleibt also bei den von dem Ausschuss beschlossenen Steuerhöhen.

Bei der Gesamtabstimmung wird das Erbschaftsteuergesetz gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Volkspartei angenommen.

Die Gesetze über den Anleihenkredit für 1919 und über die Ausführungen des Friedensvertrages werden in zweiter Beratung miteinander verbunden.

Berichterstatter Abg. Gruenewald (Dem.) stellt fest, der Plan einer Prämienanleihe sei im Ausschuss nicht so sehr auf grundsätzliche Gegensätze wie auf allerlei praktische Bedenken gestoßen. Der Finanzminister werde aber nur im Einverständnis mit einem besonders eingehenden Ausschuss vorgehen können.

Abg. Keunigott (Soz.): Im Interesse der Durchführung der Geschäfte des Reiches werden wir die Kredite bewilligen. Wir erwarten aber Sparmaßnahmen, gegen einzelne Bestimmungen werden wir stimmen.

Abg. Dr. Eugenberger (D.V.): Das parlamentarische System hat eine wesentliche Voraussetzung, daß eine Opposition vorhanden ist, die die Möglichkeit der Kritik besitzt. Friedrich erklärte ich vor dem Lande, daß uns die Aufgabe der Opposition durch diese Art der Geschäftsabwicklung unmöglich gemacht wird. Sie ist dem grundsätzlichen Kritik ab. Wir werden auch Milliarden Mark bewilligen, weil wir erkennen, daß die Finanzverhältnisse eine Aufbesserung der Regierungsfonds verlangen. Mit der Streichung von einer Milliarde wollen wir bezeugen, daß wir zu dem augenblicklichen Finanzminister kein Vertrauen haben.

Reichsfinanzminister Erzberger: Der Wiederaufbau muß unverzüglich in Angriff genommen werden. Nach dem Friedensvertrag haben wir 140 000 Stück Vieh zu liefern und soviel an Maschinen, als feinerzeit auf Initiative des Herrn Eugenberger aus Belgien und Nordfrankreich bezogen und gerüstet worden sind. Wenn wir jetzt befähigte Männer aus dem Zentrum, der Demokratie und der Sozialdemokratie zu Staatsmännern heranziehen, so machen wir damit mit ein jahreslanges geübtes Unrecht wieder gut. (Beifall bei der Rechten.) Was die Ängstlichkeit gegen meine Person betrifft, so wiederhole ich: Solange ich das Vertrauen der Mehrheit dieser Versammlung und meiner Fraktion habe, werde ich als Reichsfinanzminister auf meinem Platze bleiben. Den persönlichen Kampf gegen mich bitte ich mit etwas mehr Würde und Ehrlichkeit zu führen! (Beifall bei der Rechten.) Gegen erneute Zwischenrufe der Rechten wendet sich der Minister mit der Bemerkung: Ich verbitte mir diese unangelegenen Zwischenrufe. (Minutenlanges Lärm.) Solche Zwischenrufe, wie Sie sie (nach rechts) aufzuführen, sind früher nicht möglich gewesen. (Stürmischer Beifall bei den Mehrheitsparteien.) Auch die nachfolgenden Ausführungen des Finanzministers dringen bei den unangenehmsten lärmenden Zwischenrufen nicht durch. Wenn man dem Antrag Eugenberger folgen würde, dann wäre es beispielsweise unmöglich, einen Antrag sämtlicher Parteien, also einschließlich der Deutsch-Nationalen, auszuführen, nach dem Hinterbliebenen von Kriegern eine einmalige außerordentliche Beihilfe gewährt werden soll. (Beifall bei der Rechten, anhaltender Lärm rechts.) Den Weg der Prämienanleihe können wir, weil von unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen begleitet, nur in der äußersten Not beschreiten. Der Vorschlag, die Prämienanleihe nicht mit Steuererlösen auszustatten, ist unpraktisch. Nehmen Sie die Vorlage an, damit es uns für die nächsten 3 Monate möglich ist, die dringenden und notwendigen Aufgaben finanziell zu sichern. (Beifall bei den widerständigen Parteien.)

Abg. Dr. Paas (Dem.): Wenn Herr Dr. Eugenberger das Ansehen des Deutschen Reiches herabsetzen wollte, so hat er diesen Zweck erreicht. (Zustimmung bei den Soz.) Wir bewilligen die 9 Milliarden ohne Abstrich. Wenn der Witz von einer Milliarde, den die Rechte beantragt, nicht eine bloße Demonstration sein soll, so wird er zur Folge haben, daß auch eine Reihe außerordentlich notwendige Ausgaben auf dem Gebiete der Siedlungs- und Wohnungspolitik nicht gemacht werden können.

Abg. Barm (U.S.): Die beiden Entwürfe, die den Friedensvertrag betreffen, nehmen wir an. An der Kreditanleihevorlage nach den Ausschussbeschlüssen ist uns der Vorschlag der Prämienanleihe wirtschaftlich das Überflüssige. Wir stimmen für die Entschließung, die der Ausschuss vorschlägt, die Reichsregierung zu erlauben, dafür zu sorgen, daß der Bau unserer Handelsflotte auf reichseigenen Werften und in Reichsregie vorgenommen wird. Einer Regierung, die unser Vertrauen nicht hat und mit der wir immerlich uns im Kriegszustand befinden, können wir den Anleihenkredit nicht bewilligen.

Abg. Dr. Niefer (D.V.): Die Kreditvorlage nehmen wir an. Prämienanleihen sind allemal das letzte Mittel eines Staates. Es fragt sich, ob wir heute schon dazu greifen wollen. Mit Annahme des Gesetzes hoffen wir, Ruhe, Ordnung und Sicherheit des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens zu schaffen.

Abg. Dr. Heim (Rechte Partei angehörend): Die Frage der Prämienanleihe ist vorsichtig zu behandeln. Der Ernährungsfrage ist die nötige Aufmerksamkeit nicht geschenkt worden. Auch die Nationalversammlung hat schwere Fehler begangen, so z. B. als sie die Verzinsungsprämien ablehnte.

Reichsfinanzminister Erzberger: Die Prämienanleihe werden wir so ausgestatten, daß sie der Kapitalbesteuerung dient. Reichswirtschaftsminister Schmidt hofft, daß die landwirtschaftlichen Kreise in Erkenntnis des Ernstes der Situation ihrer Abfertigungspflicht genügen werden, und zwar ohne das Mittel der Einführung besonderer Frühbruchsprämien, die eine Befreiung von 200 bis 220 Mark für jede Tonne zur Folge haben würden. Es persönlich halte jedenfalls einen solchen Weg für volkswirtschaftlich nicht empfehlenswert.

In der Einzelberatung werden hierauf die §§ 1-3 des Gesetzesentwurfes über Anleihenkredit angenommen.

Zu § 3 wird ein Antrag Loebe (Soz.), Vorlage (Rt.) angenommen, monach Befreiung von der Einkommensteuer oder Minderung dieser Steuer unzulässig sein soll.

Der Rest des Gesetzes wird unüberändert angenommen, ebenso die vom Ausschuss vorgeschlagenen Entschließungen.

Hierauf wird das Gesetz noch in dritter Lesung en bloc angenommen, ebenso die Ausführungsgeetze, letztere bei den Beschlagnahmen und Entschlüssen die unterstützungsbedürftigen Kriegsteilnehmer und die Hinterbliebenen von Kriegern berücksichtigt werden sollen.

Abg. Singheim (Soz.) erklärt darnach Bericht über die Wahl eines Interkommunales

von 25 Mitgliedern, der auf Antrag des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung auf Grund des Artikels 34 der Verfassung feststellen soll, welche Vorzüge zum Ausdruck des Krieges, welche zu seiner Verlängerung und welche zu seinem Verlusse geführt haben, insbesondere welche Möglichkeiten im Verlaufe des Krieges sich geboten haben, zu Friedensbedingungen zu gelangen, und ob solche Möglichkeiten ohne die erforderliche Sorgfalt behandelt worden sind, ob im Verkehr der militärischen Stellen, der Reichsleitung unter sich, zwischen der politischen und militärischen Leitung und mit der Volkvertretung oder deren Vertrauensmännern Treue und Glauben gewahrt worden sind, ob in der politischen und militärischen Kriegsführung Maßnahmen angeordnet worden sind, die Vorschriften des Völkerrechts verletzt haben, oder ob die militärischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten grausam hart waren.

Der Antrag wird angenommen. — Das Haus wählt den Interkommunalrat in der vorgeschlagenen Zusammensetzung.

Es folgt die Interpellation Frau Dransfeld (Zent.), wieweit die Regierung bei der wirtschaftlichen Demobilisierung der Frauen bereit sei, Frauen bei allen Stellen, die mit sozialen Maßnahmen bet. Frauenarbeit zu tun haben, mitwirken zu lassen.

Reichsministerin Schick: In das Ministerium werden fortan für die geeigneten Stellen Frauen berufen werden. Die Erwerbsbeschäftigung wird zwar vorläufig noch beibehalten werden. Es folgt die Entschließung aller Parteien, in der mit Nachdruck gefordert wird, die Entschließung bringt die Empfindung des deutschen Volkes über die sinnlosen feldischen Kriegen zum Ausdruck, zu deren durch die unabsehbare Verzögerung der Auslieferung der Gefangenen und ihre Angehörigen verurteilt sind.

Präsident Ehrenbach: Noch immer sind meine Kreise noch nicht ganz von der Gewissheit durchdrungen, daß wir ein befreites Volk sind, und keine Nachmittel zu Gebote haben, um unsere Wünsche nach der Heimkehr unserer Kriegsgefangenen zu unterstützen. Die deutsche Regierung hat alles getan, um die Rückkehr unserer Gefangenen herbeizuführen.

Es folgt der Antrag Löwe (Soz.), Gröber (Rt.), Schiffer, Magdeburg (Dem.), Dr. Heine (D.V.), die Regierung möge als Zeichen der Dankbarkeit und zur Erinnerung an die Tagung der Nationalversammlung in Weimar aus der herrienen Städte-Kassier Ueberlieferung Deutschlands 300 000 Mark überweisen mit der Maßgabe, sie zur Pflege volkstümlicher Muttervereine für das deutsche Volk, besonders für seine heranwachsende Jugend, zu verwenden. — Der Antrag wird angenommen. — Das Haus erledigt nach dem Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft die Frage der Verlegung von unbemittelten Wärdnerinnen mit Vett- und sonstiger Wäsche aus freiverwendenden Heeresbeständen durch Annahme des Ausschussvorlages.

Nächste Sitzung Donnerstag vormittag 8 Uhr: Gesetzentwurf betr. die Verkehrssteuern. Schluß 10.15 Uhr.

Deutsches Reich.

Sie gehört zu den „Unabhängigen“.

Der „Vorwärts“ durch den Brief einer Frau ab, in dem sie ihren Uebertritt zur U.S.D. begründet:

„Mitte, freiden Sie mich, ich gehöre zu den „Unabhängigen“. So viel Schickes, wie ich in dieser Freiheitsregierung erlebe, ist mir vor dem nicht passiert. Ein Kistenfrige verbaute mir meine Fensterbuchstäblich mit Risten im Gote. Als ich mich darüber bedauerte, bekomme ich die Antwort: Gehen Sie doch zur Polizei. Wir haben Freiheit! Seine Freiheit wird an uns zur Freiheit. Spendet uns die ichtige Regierung Weiland? Wahrhaftig, Wilhelm II. hat doch verstanden, solche Freiheitsmännern in Zucht und Ordnung zu halten. Wo soll ich jetzt mein Recht finden?“

Es läge kein Grund vor, diesen Brief nachzudrucken, wenn er nicht typisch dafür wäre, daß gerade die unvollständigsten Rindespiele aus irgendeiner kleinlichen persönlichen Verdrängerung heraus hinter Unabhängigen und Kommunisten herlaufen. Die U.S.D. kann wirklich stolz sein auf den Uebertritt dieser Verehrerin Wilhelms II., der es doch verstanden hat, solche Freiheitsmännern in Zucht und Ordnung zu halten.“

St. Die Begründung, mit der die verfluchte Frau sich von der U.S.D. abwendet, nicht föhlich? So ähnlich steht es in den Köpfen dieser von denen aus, die in ihrem Verdruf über große und kleine Nöte dieser Zeit zu den „Unabhängigen“ stehen.

Alteutsche Goldgeber der Kommunisten.

Die „Kronische Tagespost“, unser Nürnberger Parteiblatt, veröffentlicht eine Anzahl von Dokumenten die ein-

mal den Beweis dafür erbringen, daß die Kommunisten nicht nur durch ihre Putzschiffe allen Feinden der Republik in die Hände arbeiten, sondern auch direkt von diesen gekauft sind.

In Nürnberg besteht ein deutschösterreichischer Bund, dessen Hauptmänner ein ausgebeuteter reaktionärer General und ein Nürnberger Großkaufmann sind. Die führenden Mitglieder des deutschösterreichischen Bundes haben sich nun mit den Nürnberger Kommunistenführern Schmidt, Kleinlein und Tonath in einer Wirtschaft in der Steinbühler Straße getroffen und dort mit ihnen die Gründung einer antikemittschöbischen Zeitung „Der freie Arbeiter“ beschlossen. Das dazu nötige Geld wiclen die Deutschösterreichischen durch Schick an Kleinlein konnte es aber nicht mehr abgeben, weil er am 28. April auf Veranlassung des Generalkommandos wegen Schwertats verhaftet wurde.

Die Kommunisten haben in einer ganzen Anzahl von Fällen von Behörden und Kapitalisten Geld erpreßt. In anderen Fällen haben Großunternehmer ihnen Geld aus Angst gegeben, in der Hoffnung, nach dem Siege der Kommunisten dann besser wegzukommen. Hier aber handelt es sich um ein planmäßiges politisches Zusammenwirken der Reaktionäre und der Ueberrevolutionäre zu gemeinamem Kampf gegen die Republik und die Demokratie. Auch daran hat man seit langem nicht gezweifelt, und hier hat man einmal die Beteiligten Personen feststellen und sich des gesamten Beweismaterials bemächtigen können. Die Gewalttäter von rechts und links denken nicht nur öhlich, sondern sie haben hier auch gemeinsame Kasse geführt.

Badische Politik.

Die bevorstehende völlige Einstellung des Sonntagsverkehrs.

Auf der vor wenigen Tagen abgehaltenen Wenarberkommung des Direktoriums des Verbandes Süddeutscher Industrieller gab der Generaldirektor der badischen Staatseisenbahnen Staatsrat Schulz einen Ueberblick über die Lage der badischen Eisenbahnen, wobei er u. a. mitteilte, daß zwischen Baden, Württemberg und Bayern augenblicklich Verhandlungen schweben, den Sonntagsverkehr vollständig einzustellen, jedoch an Sonntagen nur noch die Milch- und Lebensmittelfahrten würden. Baden würde dadurch gegen 3000 Tannen Kohlen im Monat sparen und die Dienstleistung würde außerordentlich erleichtert werden, da die Sonntage dann auch für den größten Teil der Eisenbahner Ruhetage seien. Von der Einführung von Erabisstrecken zur Eindämmung des Verkehrs wolle man nichts wissen, denn man habe in Norddeutschland und in Württemberg keine guten Erfahrungen gemacht. Die Einstellung des Sonntagsverkehrs sei eine Frage von so großer politischer Bedeutung, daß nicht die Eisenbahnverwaltung allein, sondern die Gesamtregierung darüber bestimmen müsse.

Der Generaldirektor kam dann auf die bevorstehenden bedeutenden Tarifhöchungen zu sprechen. Die badische Eisenbahnverwaltung sei der Meinung, daß man höchstens einer Erhöhung bis zu 70 Proz. zustimmen könne. Es handle sich nicht allein um die Erhöhung des Perionentaris, sondern auch um eine solche des Gütertarifs, um die in diesem Jahre sich ergebende Eisenbahnschuld von 200 Mill. abzutragen.

Was den Uebergang der badischen Bahnen an das Reich anbelange, so teilte Staatsrat Schulz mit, daß die hierüber bereits aufgenommener Beratungen augenblicklich durch die Sommerferien unterbrochen sind, aber im September weiter gehen werden. Die badische Regierung habe hierbei die Pflicht, dem badischen Eisenbahnpersonal die nötigen Sicherheiten für die Zukunft zu verschaffen und die Interessen der süddeutschen Industrie, vor allem der Lokomotiv- und Waggonfabriken, zu berücksichtigen.

Kommunalpolitik.

h. Durrmersheim, 16. Aug. Die sozialdemokratische Fraktion des Bürgerausschusses hat dem Gemeinderat drei Anträge unterbreitet mit der Bitte, dem Bürgerausschuss entsprechende Vorlagen zu machen. — Der erste Antrag betrifft die Schaffung eines Ortsstatuts mit Gehaltstarif bezim Lohnstarif für die Gemeindebeamten und Gemeindearbeiter.

Mit der Schaffung eines solchen Statuts würden künftig bei Neueinsetzung von Gemeindebeamten besondere Verträge und Gehaltsfestsetzungen in Formfall kommen, und die Vergütung von Gemeindearbeiten (Holzmachen, Wegearbeiten usw.) würde keine Unterbietungen zeitigen, die nicht mehr zeitgemäß sind. — Im zweiten Antrag ist die Schaffung besonderer Kommissionen zur Unterstützung des Gemeinderats bezim der Gemeindeverwaltung gemäß § 28 der Gemeindeordnung vorgesehen; neben der Errichtung einer Wirtschaftskommission (für alle wirtschaftlichen Fragen, wie auch der Lebensmittelforschung) und einer Bau- und Wohnungs-Lohnkommission bezweckt der Antrag auch eine zeitgemäße Umgestaltung bezim Schaffung einer Fürsorgekommission und einer Schulkommission, so daß in diesen Kommissionen neben Mitgliedern des Gemeinderats auch Mitglieder des Bürgerausschusses und nicht diesen Körperlichkeiten angehörende Bürger und Einwohner angehören und damit die sozialen, wirtschaftlichen und kulturpolitischen Fragen des Gemeindelebens von vornherein auf einer breiten Basis zur Erörterung kommen. Die sozialdemokratische Fraktion ist gewiß nicht allein mit der Ansicht, daß dadurch nicht nur eine Entlastung des Gemeinderats, sondern vor allem eine zweckdienlichere Erledigung gemeindepolitischer Fragen gewährleistet wird.

Im Anschluß an § 19 Abs. 7 der Verfassung ist dann nach die Vermittelfreiheit für die Volks- und Fortbildungsschule beantragt, dahingehend, daß alle Kinder, die während der Schulzeit notwendig werdenden Bücher und Materialien aus Gemeindepfand erhalten sollen, nicht etwa nur die armen und bedürftigen. Ein von Nachmannern durchgerechneter Vorschlag beweist, daß bei richtiger Handhabung des gemeindlichen Vermittelfreilaufs und ihrer Verwaltung lange nicht die hohe Summe herauskommt, die irrtümlich da und dort angenommen wird. Vom sozialen Standpunkt aus wird mit der Einführung der Vermittelfreiheit dem Familienvater, da seine Kinder im allgemeinen doch so „der Reihe nach“ die Volksschule durchlaufen, für diese ausgabenreichere Zeit nur eine gewisse Entlastung erteilt, die er selbst schon dadurch wieder ausgleicht, daß er wie jeder Einwohner ja dauernd zu den Kosten der Vermittelfreiheit beisteuert. Und vom allgemein wirtschaftlichen Standpunkt aus entzieht mit der Einführung der Vermittelfreiheit für die Einwohnerschaft in ihrer Gesamtheit nur eine Winderausgabe. — Es darf wohl gekostet werden, daß die Anträge, die nun dem Gemeinwohl dienen sollen, einstimmige Annahme finden werden.

Aus der Partei.

Eine Reichskonferenz zur Einigung der Sozialdemokratie fand am 10. und 11. August in Berlin statt. Der von der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie em berufene Sozialistenkongress hatte eine paritätische Kommission von 14 Mitgliedern beider Parteien gewählt mit dem Auftrag, die aus den Anträgen des Sozialistenkongresses hervorgehenden Gedanken und alle drei sozialistischen Parteien betreuenden Probleme auszuwerten zu Richtlinien, welche die Wiedervereinigung herbeiführen — oder doch vorbereiten sollen.

Nach einer lebhaften Aussprache wählte die Konferenz eine Kommission von fünf Genossen, welche sofort die politische und wirtschaftliche Aufklärungsarbeit zu organisieren beginnt, ferner von jeder parteipolitischen Verbände. Für die Art und Weise der Einigungspropaganda verabschiedeten sich mehrere dieses Thema behandelnde Anträge zu folgendem einstimmig gefassten Beschlusse: „Als zur Regelung der Einigungsbewegung durch ein zu vereinbarendes Programm ist in der Resolution für die Einigung alles zu vermeiden, was bestehende sozialistische Organisationen schädigt oder spaltet. Die herrschenden Gegensätze sind möglichst zu überbrücken, theoretische Propaganda im Sinne einer Organisation und das Eintreten für die Räteherrschaft ist zu unterlassen.“

In der Rätefrage selbst stellte die Konferenz Richtlinien auf, die eine Zusammenfassung der Produktivkräfte aller Volksschichten in ähnlichem Sinne vorsehen, wie sie Gen. Kautskis seinerzeit vertrat. Neben der Volksschicht des allgemeinen Wahlrechts wird die Kammer der Arbeit befürwortet.

Soziale Rundschau.

Das Kündigungsverbot für Schwerbeschädigte.

Befamlich hat sich die Reichsregierung am 1. Februar des Jahres genötigt gesehen, ein Kündigungsverbot für Schwerbeschädigte und Schwerunfallverletzte zu erlassen, weil sonst zu befürchten war, daß diese Personen völlig vom Arbeitsmarkt verdrängt werden würden. Dieses Kündigungsverbot ist durch eine Reihe weiterer Verordnungen, zuletzt bis zum 1. September d. J., verlängert worden. Das mißliche eines solchen Verbots ist nicht zu verkennen. Die Reichsregierung hofft, es sei möglich zu werden, sobald das Gesetz über den Einstellungsantrag in Kraft tritt, das jetzt in dem Reichsarbeitsministerium vorbereitet wird. Um den Abbau des Kündigungsverbots aber schon jetzt vorzubereiten, hat der Reichsarbeitsminister neuerdings angeordnet, daß Kündigungen Schwerbeschädigter wirksam sind, wenn ihnen die zuständige Hauptfürsorgebehörde der Kriegsbeschädigtenfürsorge oder die Stelle, die von der Hauptfürsorgebehörde für die Durchführung des Einstellungsantrages bestimmt ist, zugestimmt hat. Diese Zustimmung muß erteilt werden, wenn ein anderer angemessener Arbeitsplatz für den Schwerbeschädigten gesichert ist. Diese Bestimmungen gelten nicht nur für die Wirksamkeit bisher durch das Kündigungsverbot ausgeübter Kündigungen. Die Vereinigungen der Kriegsbeschädigten sind vor dieser neuen Verordnung gewarnt worden und haben ihr zugestimmt.

Aus dem Lande.

Jugendbund. Heute abend 7/8 Uhr findet im Lokal „Goldener Aden“ ein Vortrag des Herrn Kemols über „Erste Hilfe bei Unfällen“ statt. Die Eltern werden gebeten, ihre Söhne und Töchter, die der Schule entlassen sind, in die Veranstaltungen des Jugendbundes zu schicken.

Bruchsal. Die Arbeiter des Feldbüblers Deder in Hambrücken konnten bis jetzt noch nicht ermittelt werden. Die Staatsanwaltschaft hat auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 500 M ausgesetzt. Als Täter kommen drei in Württemberg gefesselte Männer in Betracht.

Kastell. **Vortragskursus.** Es sei wiederholt auf den am 21. August beginnenden Vortragskursus von Gen. Landtagsabg. Dr. Kraus aufmerksam gemacht. Der Kursus findet jeweils morgens von 10—12 Uhr statt. Die Kosten für den Kursus belaufen sich je nach Teilnehmerzahl auf etwa 3—4 M die Person. Es sei noch ausdrücklich bemerkt, daß die Vorträge ohne Reklamation abgehalten werden, so daß für die Teilnehmer weitere Unkosten nicht entstehen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Der Krieg gegen den Weibsteufel. Zu diesem Thema, das wir kürzlich schon behandelten, schreibt man uns noch: Nicht nur in Billingen, sondern auch in anderen Städten Badens führt die Gesellschaft einen erbitterten Kampf gegen dieses „moderne“ Stück. Auf diesen Erfolg kann Schönberr ja nur stolz sein und die Propaganda, die die Gesellschaft für das Stück macht, ist nur zu begrüßen. Bemerkenswert bleibt jedoch, daß nicht nur die Gesellschaft, sondern auch viele Kreise eines sich sonst „künstlerisch“ nennenden Publikums das Stück ablehnen. Warum? Weil dem Stück die Moral fehlt! Allerdings, da haben sie recht, die feil, wenigstens das, was ein Publikum, dem ein Theater zwar kein Kunstinstitut, sondern ein Erziehungsinstitut ist, unter Moral versteht. Sie waren gewohnt, bequem im Theater zu sitzen, zu sehen, wie das Gute steigt und wie das Böse bestraft wird, um dann erhaben nach Hause zu gehen. Und da kommt Schönberr mit einem Stück, in dem das Gute nicht steigt, in dem vielmehr das Böse noch zu allererst in einer gräßlichen Distanz einen schneidenden Triumph feiert! Das ist zu viel! Sie halten die Hände vor Gesicht und schreien: Entschuldig! Na, würde ein Blick in der letzten Minute das Weib treffen, und neben dem gemordeten Mann hintertreten, dann würde diese ausgleichende Gerechtigkeit des Himmels dem Publikum einen Alp von der Brust nehmen; es könnte aufstehen und befriedigt nach Hause gehen: „Gottlob, die Schleiße hat ihren Lohn empfangen!“ Aber da diese Auslösung nicht stattfindet, da der Weib nicht zur Ruhe kommt, sondern sich noch Tag und Nacht weiter beschäftigt mit dem zwar aufgekauften, aber nicht gelösten Problem, da die „Moral von der Gesellschaft“, auf die der Zuschauer während dreier Akte vergebens gewartet hat, ausbleibt, ist man schnell fertig mit dem Urteil: „Das Stück hat keine Moral, es ist unmoralisch.“ Daß das Leben auch sehr oft unmoralisch ist und durchaus nicht immer mit der ertrotzten guten Lehre abschließt, wollen sie nicht wissen. Es wird eben gegen die „unmoralische Kunst“ genau so ins Feld gezogen, wie gegen die „unästhetische Kunst“, daß das aber überhaupt zwei unzulässige Begriffe sind, bedenkt niemand! Es gibt nur zwei: entweder Kunst oder Nicht-Kunst. Jede Kunst ist moralisch und ästhetisch, jeder Künstler unmoralisch und unästhetisch. Es bleibt also nur noch die Frage zu lösen: „Ist Schönberr's „Weibsteufel“ Kunst oder Nicht-Kunst? Die Antwort kann nicht schwer fallen, wenn man den tiefen Eindruck bedenkt, den das Stück auf jeden Besucher macht, so weit dieser überhaupt für Kunstverständnis empfänglich ist. Und beim mangelnden Kunstverständnis wird auch letzten Endes die ablehnende Haltung eines Teils des Publikums zu jenen sein. Interessant bleibt es aber doch: während in so manchem Theater unter der Duldung eines frommen, christlichgläubigen Publikums sowie bis Gesellschaft, der bildungslose Operettenpublikum, dessen Unmoral nur durch einen feinen Gesellschaftler bedeckt wird, aufgeführt wird, kämpft ein Teil des deutschen Volkes seit Jahren und auch heute noch gegen Schönberr's „Weibsteufel“.

Die Verrufen von Kautskis und Umgebung werden dringend er sucht so schnell wie möglich im „Anker“ in Kastell oder bei Gen. Kautskis anzumelden. Dem Vortragskursus hat Gen. Dr. Kraus folgendes Hauptthema zu Grunde gelegt: „Staats- und wirtschaftspolitische Probleme des Sozialismus unter besonderer Berücksichtigung der Betriebs- und Wirtschaftsfrage.“ Die Themas der vier Sonntage verteilen sich dann wie folgt: 1. Das Erzfürter Programm und die gegenwärtigen Aufgaben der Sozialdemokratie. — 2. Sozialisierung. — 3. Demokratie und Räteystem, die Betriebsräte. — 4. Die Wirtschaftsfrage im Reichswirtschaftsrat.

Jeder Vortrag dauert etwa 1 1/2 Stunden; es soll sich dann jedesmal eine Stunde gemeinschaftliche Aussprache anschließen.

Parteiversammlung. Am kommenden Samstag 23. August, abends punkt 8 Uhr, findet im Lokal „Zum Anker“ eine Parteiver sammlung mit Vortrag von Genossen Kautskis statt. Die Parteigenossen und Genossinnen werden dringend er sucht, in die Versammlung zu kommen. Es darf kein Genosse und Genossin denken, mit der Beitragszahlung sei die Pflicht erfüllt; neben der Beitragszahlung ist es auch oberste Pflicht eines jeden Mitgliedes die Versammlungen zu besuchen. Dort ist der Platz, sich weiter auszubilden. Ganz besonders möchten wir aber an die sozialdemo kratischen Stadtorbunden das dringende Ersuchen richten, voll zählig in den Versammlungen zu erscheinen.

Reichsbund der Kriegsbefähigten, ehem. Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen. Nachdem sich die bisher mit dem eig in Kastell bestehende Bezirksvereinigung aufgelöst hat, und sich in allen Gemeinden, in welchen Mitglieder des Bundes wohnen, Ortsgruppen bilden, wurde auch in Kastell eine Ortsgruppe ge gründet, und als deren erster Vorsitzender Herr Wehler gewählt. Damit ein einheitliches Zusammenarbeiten der Ortsgruppen ge währleistet ist, bleibt ein Bezirksvorstand mit dem eig in Kastell bestehen.

Milch.

Warum wir so wenig Milch haben. Unter dieser Ueberschrift bringen die „Bad. Nachrichten“ in ihrer Nr. 187 vom 16. August einen Artikel eines Landwirts, in welchem derselbe u. a. bemerkt, daß die Hauptursache der zunehmenden Inzuffizienz der Milchviehzucht die verkehrte, unangebrachte Höchstpreis festsetzung sei, die Festsetzung des Erzeugerpreises für Milch auf mind. 80 M pro Zentner. Er fordert und behauptet, die Landwirte seien erst durch die Zwangsvereinspflicht als geworden, dessen man sie beabsichtigt, also hinauf mit den Preisen für die Höchst erzeugnisse jedoch genau, so muß man sagen, daß diese die Höchstpreise seien schon überschritten haben, was von den ärmeren Volksschichten bezweifelt werden kann. Man hat für die Milchviehzucht seit — schon zu Friedenszeiten — ein offenes Herz gehabt und hat diesem einen Stange zugehört, die Milch als Lebensmittel während 5 Jahren betragt verteuert, daß dem gewöhnlichen Manne mit starker Familie das Leben fast zur Hölle wird. Nur durch sehr hohe Einschränkung der Ausgaben für Lebensmittel usw. ist es möglich, die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Diese Art „Sparen“ wird jedoch jeder vernünftige denkende Mensch als einen ungelunden Zustand bezeichnen. Krankheit und Elend werden in den ärmeren Schichten des Volkes noch mehr als bisher ihren Einzug halten. An die Veranschaffung von Kleidern, Schuhen, Leibwäsche u. dergl. ist ja garnicht zu denken. Immer wieder heißt es sparen und sparen, während andere, die sich den „goldenen Veden“ nicht durch ihre Hände Arbeit erworben haben, in Saus und Weide einhergehen können. Da ist man denn — besonders in Arbeiterkreisen — direkt sprachlos, wenn aus den Reihen der Milchviehzucht heute die Stimme laut wird für abermalige Erhöhung des Erzeugerpreises für Milch. Wie lange würde es dauern und der Preis von 80 M würde abermals zu niedrig erscheinen. Die fehlende Klasse, welche dem Bauer für Milch, Butter, Eier und andere Erzeugnisse schon längst recht höhere Preise auf dem Schleifwege bezahlt, hat denselben soweit gedrückt, daß ihm kein Preis mehr hoch genug erscheint, und sich trotz seiner angeblichen „Bedürftigkeit“ hohe Wucherpreise bezahlen läßt. Für ein Ei werden ja bekanntlich schon längst über 1 M gefordert.

Sehe vielsagend ist übrigens die Feststellung dieses Landwirts, daß der niedere Preis für Milch die Schuld trage „warum wir so wenig Milch haben“. Ist denn wirklich mehr Milch vorhanden? Wenn ja, wissen dann die Landwirte, wie schwer sie sich an ihrem eigenen Volke, an den deutschen Säuglingen verschulden? Nach englischen Blättern berichtete Professor Starnung von der Londoner Universität über seine Reise nach Deutschland und sagte dort, jedes Liter Milch, das man Deutschland nehme, bedeutet die Tötung eines Kindes. Also deutscher Landwirt, so urteilt ein englischer Professor über die Ernährungslage in Deutschland. Darum schlage an dein frommes Herz, deutscher Landwirt, und halte ein mit deinen Forderungen; bedenke, daß man schon allenthalben an den Abbau der Weine denkt, während doch naturgemäß ein Abbau der Lebensmittel diesem vorangehen muß.

1. Weingarten, 20. August. Freie Turnerschaft Weingarten. Nächsten Samstag, 23. August, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Kreuz“ eine Mitgliederversammlung statt. Es werden die letzten Vorderechnungen getroffen zum Bundesrechnungsjahre und ist es deshalb Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktig und aktiv, zu erscheinen. Mitglieder sind mitzubringen.

Die Getreideentzweiung wird demnächst eingeleitet. Die Abnahme von Getreideeinnahmen seitens der Mühlen findet nur noch bis zum 15. August statt.

Keine Zwangsvereinspflicht des Herbstgemüses. Nach einer Mitteilung der Reichsstelle für Gemüse und Obst ist eine Zwangsvereinspflicht von Herbstgemüse nicht in Aussicht genommen. Als Folge hieraus ergibt sich unter anderem, daß auch die Einfuhr von Herbstgemüse aus dem Ausland dem freien Handel überlassen wird.

Schulpreise für Pflichten. Die Landesvermittlungsstelle für die Berufsbildung gibt bekannt, daß die Bekanntmachung über die Festsetzung von Höchstpreisen für Pflichten vom 2. Oktober 1917 mit sofortiger Wirkung außer Kraft tritt.

Aus dem badischen Schulwesen. Zur Ausbildung von Fachlehrern wird an der Turnlehrerbildungsanstalt in Karlsruhe vom 1. Oktober bis 30. Dezember ein Versuch abgehalten. — Die Stellung für Kandidaten sind unter anderem, daß die Kandidaten beiderlei Geschlechts, pünktig und aktiv, zu erscheinen. Mitglieder sind mitzubringen.

Rahrbäder in der Schule. Das badische Unterrichtsministerium hat einen Erlaß herausgegeben, der sich mit der Unterbringung der Rahrbäder befaßt, auf denen die Schüler zur Schule fahren. In dem Erlaß wird gesagt, daß eine Verpflichtung zur Unterbringung der Rahrbäder nicht übernommen werden kann, insbesondere nicht jede Sektion für Diebstahl oder Verletzung abgelehnt werden. Zur Unterbringung der Rahrbäder sollen, soweit tunlich, besondere Räume zur Verfügung gestellt werden.

Verlungerte Kinder. Aus dem Ergebnisse, aus deutscher Landwirtschaft, die von den Tageslohnarbeitern meist wurde, geht uns durch den österreichisch-deutschen Arbeitsausschuss ein furchtbarer Missetat zu. In dem Aufsatz, der vor uns liegt, heißt es: „Wingie Geschlechten, in denen große mehr Augen schimmern, Menschen die Haut und Knochen sind, über den Krümmen, gelblichgrünen Wein die gebundenen Wände der Hungerwasserflut, nach und auf faules Stroh geteilt, werden viele täglich durch den Tod von ihren Leiden erlöst.“ Not und Entbehrung sind ja auch bei uns noch nicht behoben, aber wer je eine solche Fülle von Elend ge

sehen hat, der kann und wenn es uniere schlimmsten Feinde wären, raide Hilfe nicht verjagen. — Der Hauptvorstand, wie auch der Landesverband Baden des Vereins für das Deutschtum im Ausland haben bereits größere Summen den hungernden Erzeugern zugestanden die aber bei weitem nicht ausreichen. Der Verein wendet sich daher an die Allgemeinheit mit der Bitte um milde Gaben unter „Ergebungsliste“ an die Rheinische Kreditbank — Filiale Karlsruhe — Postfachkonto 281.

Karlsruher Bürgerausschuß.

Feuerungszulagen für die städtischen Beamten und Arbeiter. — Erhöhung des Gas-, Strom- und Wasserpreises. — Erhöhung der Straßentaxen und Lokalbahntarife. * Karlsruhe, 21. August.

Wer Optimist war und glaubte, daß nach den Redeleitungen während der kürzlichen drei Beratungstage nun eine Wägung in dem Redebüro auf dem Rathaus eintreten würde, daß sich gestern bitter entäuclit. Anstatt zurückzugehen hat sich die Redegruppe noch verschlimmert. Vier ganze Vorlagen wurden in vierstündiger Beratung erledigt, zehn Stunden auf der Tagesordnung; ob die restlichen sechs Vorlagen in der nächsten Sitzung erledigt werden, darüber wollen wir keine Prognose anstellen; nicht mal zu hoffen wagen wir dies. Denn es ist geradezu unheimlich, von welchem Redebüro verschiedene Seiten von der bürgerlichen Seite besessen sind. Da glaubten wir wenigstens, als wir sahen, daß der Stadt. Hermann und der Stadt. Frey, die als erste Klasse Dauer- und Weidener bekannt sind, sahen, daß das Beratungstempo ein etwas ruhigeres werden würde. Aber wir hatten die Rechnung ohne die Herren Trautmann, Sturm, Peter, Jahnender, Pfeiff u. a. m. gemacht, die wahre Panikmischer von Reden vom Stapel ließen. Gibt es denn in den bürgerlichen Fraktionen, besonders beim Zentrum, gar keine Fraktionsdisziplin? Kann da jeder einfach drauf losbrüllen, wenn er das Bedürfnis hat, über irgend eine Sache, und wenn sie mit dem Beratungsgesamtstand in nicht der geringsten Beziehung steht, seine hochwohlwähliche Meinung zum Besten zu geben. Dabei hört den Herren natürlich kein Mensch im Saal zu; was sie aber nicht im mindesten stört. Mit einer Unbekümmertheit klappten sie drauf los, als ob das Wohl und Wehe der Stadt ausgerechnet von ihrem profunden Wissen abhängt. Wir sind genötigt für eine gründliche und eingehende Beratung jedes Gegenstandes, dem etwaigen Versuch einer Durchbrechung von Vorlagen mühen wir uns aufs härteste widerlegen. Aber es ist ein platter Unsinn, ein plattes Schindluderreiben mit der Geduld und der Zeit der übrigen Stadtvorordneten und des Stadtrats, wenn in dieser Weise drauflos gebrüllt wird, wie es gestern diese Herren taten. Auf die Dauer darf sich dies der Bürgerschaft nicht gefallen lassen, er muß einmal dagegen Stellung nehmen, wenn er nicht will, daß er zum Geißel der Bürgerschaft wird, wenn er nicht will, daß man ihn nicht mehr ernst nimmt. Wir haben nicht den geringsten Anlaß, von all dem was die Herren gestern zusammenwogelten auch nur eine Zeile zu erwähnen, denn es war wirklich herzlich belamöde. Als Notum möchten wir nur feststellen, daß ein Stadtvorordneter, der kritische Gewerkschaftler Herr Jahnender seine Landvornahme sogar öffentlich lauter Stelle für seine aufgeschriebe nen mit brachte und herumtrug. Die kritischen Gewerkschaftsbeamten haben offenbar viel freie Zeit. —

Zur Erledigung gelangten wie schon erwähnt 4 Vorlagen. Zunächst jene über die Gewährung von Feueranzulagen der städtischen Beamten und Arbeiter. Wir haben das wichtigste aus dem Inhalt gestern bereits mitgeteilt. Der Aufwand beträgt 2 287 000 M. für die noch im Amt befindlichen Beamten und 277 000 M. für die Pensionen und Hinterbliebenen. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. Namens des Stadtvorordnetenvorstandes beauftragte Gen. Schwedel die Vorlage. Er wies dabei auf einige Mängel hin, die der Vorlage noch anhaften, namentlich hinsichtlich der Stellung der Beamten. Auch die ausführenden Anstellungen seien wiederum leer; auch ist der Wunsch des Stadt. Vorst., daß der Stadtrat auch diese Anstellungen, die besonders während des Krieges unsere Arbeit zu verrichten hatten, eine Entschädigung gebührt. Man kann diesen Wunsch nur aus mündlich befrachten. Namens der sozialdemokratischen Fraktion stimmte Gen. Beck der Vorlage zu. Er behauptete vor allem, daß die städtischen Beamten und Arbeiter immer bis zuletzt warten müssen, bis ihnen die so nötige Hilfe zuteil wird. Die Stadt läßt den Staat immer vorangehen. Des weiteren redete Gen. Beck der Einführung eines einheitlichen Tarifsystems für alle Anstellungen in Reich, Staat und Gemeinde das Wort. Bekanntlich eine Forderung, die besonders von den sozialistischen Beamten vertreten wird. Gen. Beck bemängelte dann, daß die Vorlage erst rückwirkend auf 1. April in Kraft treten solle, während bei den Staatsbeamten die Zulagen bereits auf 1. März geltend gemacht wurden. Zum Schluß verlangt der Redner, daß bei der Aufstellung eines Gehaltsplans den Beamten das volle Mitspracherecht zuerkannt werde. Gegenüber diesen praktischen Reformvorstellungen des sozialdemokratischen Redners kamen die bürgerlichen Vertreter über keine Worte für die Beamten, das bekannte „warme Herz“, nicht hinaus. — Gen. Wöhlinger wies noch auf einige „Schönheitsfehler“ hin, so bezüglich der Entlohnung der Beamtenwärter, der Bezugsnahme von Ueberstunden, und schließlich führte Gen. Wöhlinger noch einen Fall an, wo die Witwe eines Arbeiters, der 36 Jahre den Stadt gebiet, nach dessen Tode g a n z e 3 6 M. monatlich Pension erhielt; es wurden ihr gelegentlich 40 M. aus einer Unterstützungskasse gewährt, und dieser Betrag noch in zwei Raten. Jetzt erhält die Frau endlich 116 M. — Wir hoffen, daß nun die Zulagen auch so reich wie möglich ausbezahlt werden, daß auch den verschiedenen Wünschen gegenüber nicht engstirnig verfahren werde. Im Ueberflusse können die Beamten und Arbeiter auch nach diesen Zulagen wahrhaftig nicht leben; die Teuerung hält an, je sie nimmt noch zu. Die 1 1/2 Milliarden der Reichsregierung zur Senkung der Auslandslebensmittelpreise haben den erlöschenden Erfolg nicht gehabt. Die inländischen Wucherer leben ihr Treiben um so schamloser fort. Was die Bevölkerung an den Ausgaben für die ausländischen Lebensmittelpart, muß sie beim Kauf der inländischen Ware drauf legen. Auf die Sparkasse werden daher die Beamten und Arbeiter die bewilligte Zulage nicht legen können; die Anklagen für den kommenden Winter dürften den ganzen Betrag aufzehren.

Ka
Für Pap
Samenha
waren, B
fabrik, B
Elektrise
Dentalin

Für Wirt
waren, G

Ha
Wärmer,
idrieh, G
teure, G
Hermeser
Dolbaber
reute.
Solpergo
Kocherz,
n
Berkow
St
Zimmer

Die 3 weiteren Vorlagen, die erledigt wurden, betrafen die Erhöhung der Gas-, Wasser- und Strompreise, die Erhöhung der Straßenbahn- und die Erhöhung des Lokalbahntarifes. Wir haben hier bereits schon wieder ein Stück des Ringes, in dem sich unsere ganze Wirtschaft bewegt. Was oben den Beamten und Arbeitern bewilligt wurde, fließt hier in dem großen Kreise schon teilweise wieder in die Stadtkasse zurück in Form der erhöhten Gas-, Strom- und Wassergebühren, der erhöhten Kosten für die Straßenbahnfahrt und in Form einer erhöhten Umlage, deren Bewilligung ja die nächste Sitzung bringen wird. Es ist eine Schraube ohne Ende. Niemand weiß, wie das alles enden soll.

Wir haben die neuen Gebühren für Gas, Strom und Wasser schon mitgeteilt. Unserer Fraktion fiel es schwer, der Vorlage zuzustimmen. Sie machte ihre Zustimmung auch davon abhängig, daß der Nachweis erbracht werde, daß diese städtischen Betriebe tatsächlich ihre Ausgaben nicht mehr selbst decken. Andernfalls hätten wir der Vorlage unter keinen Umständen zustimmen können. Die Betriebskosten der Anstalten sind jedoch tatsächlich derart gestiegen, namentlich infolge der gewaltigen Kohlenpreiserhöhungen, daß die Werte einen Zuschuß von 250 153 Mark erfordern. Aus diesem Grunde stimmte unsere Fraktion der Vorlage zu. Der Gaspreis beträgt jetzt 15 Pf. für den Kubikmeter, der Strompreis 80 Pf. für die Kilowattstunde. — Den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion legte Gen. Schwall dar. Im Anschluß hieran brachte er auch einige Wünsche vor, so verlangte er, daß in den dunklen Nächten, wenn alle Gaslampen gelöscht sind, wenigstens einige elektrische Lampen die Straßen etwas beleuchten möchten. Auch befragte Gen. Schwall einen Wunsch der Polizei, nämlich, daß die Wachtstuben mit elektrischem Licht versehen werden möchten. Zurzeit müssen sich die Polizeibeamten des Nachts mit Petroleum beleuchten, das aber auch nicht immer vorhanden ist. Der Wunsch ist wirklich berechtigt; denn es ist in den kommenden langen Winternächten gewiß kein Vergnügen, die ganze Nacht hindurch im Dunkeln zu sitzen, den Dienst zu tun, Erhebungen zu machen, bei etwaigen Unglücksfällen oder sonstigen Vorkommnissen Vernehmungen vorzunehmen usw. — Die Annahme der Vorlage erfolgte gegen die Stimmen der Unabhängigen. Die ablehnende Begründung des Stadtr. Kruse war recht nichtssagend. Mit dem Ablehnen ist es auch nicht getan, man muß auch praktische Vorschläge machen, wie man es selber machen würde. Aber das „Nicht“ bereitet den Unabhängigen noch nicht, sie tummeln lieber ihr Köhlein auf dem Boden der hohen Politik, wo man ohne Verantwortung zu tragen große Töne reißen kann; den schlüßigen Boden praktischer Gemeindefürsorge meidet man vorerst noch. Die Herren wissen ja auch nie was sie wollen. Diese Vorlage lehnten sie ab, die nächste Vorlage aber, die doch in der Befreiung der Studenten der breiten Massen sich kaum von dieser unterscheiden, nahmen sie an. Die Zulagen für die Bürgermeister lehnten sie mit nichtigen Nebenarten ab, die Zulage für städtische Beamte, von denen einige mehr Gehalt haben als die anderen, nahmen sie an. Wie's halt trifft, Hauptsache ist die große Rede, die großen Sprüche, praktische Arbeit und Konsequenz kennen sie nicht.

Zur Erhöhung der Straßenbahn- und Lokalbahntarife hatte der Stadtverordnetenvorstand der städtischen Vorlage einen eigenen Voranschlag gegenübergestellt, der einen gerechteren Aufbau der Preise aufweist und doch denselben finanziellen Ertrag bringen dürfte. Dieser Voranschlag des Stadtverordnetenvorstandes wurde mit Mehrheit angenommen, sein wesentlicher Inhalt ist folgender: Die Grundpreise betragen nunmehr: Für 4 Stredenstücke 20 Pf., für 8 Stredenstücke 30 Pf. und über 8 Stredenstücke 40 Pf. Die Fahrscheine für 2 Fahrten kosten bis zu 4 St. 2 Mk., 2 Mk., steigend auf 8 und 4 Mk. bei 8 bzw. über 8 St. 2 Mk. Die Preise für Schülerkarten betragen für 2 Fahrten 1.30 Mk., 2 Mk., 2.70 Mk.; für 4 Fahrten 2 Mk., 3 Mk., 4 Mk., immer von je 4 zu 4 Stredenstücken. Für Arbeiterkarten: bei 2 Fahrten 1.70 Mk., 2.40 Mk., 3.10 Mk.; bei 4 Fahrten 2.60 Mk., 3.60 Mk., 4.60 Mk. Die steuerpflichtigen Wochenkarten fallen weg. Die Monatskarten kosten 12 Mk., 16 Mk. und 20 Mk. — Bei dem Tarif für die Lokalbahnen sollen die Militärfahrpreise weg, die Gumbekarten kosten so viel wie die Fahrkarten für Erwachsene; Blindengunde werden frei befördert. — Diesen Vorschlägen des Stadtverordnetenvorstandes wurde einmütig zugestimmt. Sie haben, wie Gen. Schwall zur Begründung ausführte, den Vorzug, eine Vereinfachung des Systems zu bringen. Der Wegfall der steuerpflichtigen Wochenkarten soll eine Eindämmung des „Schwarzfahrens“ bewirken, sie werden durch das Fahrpreisniedrigwerden und die gegenüber der städtischen Vorlage billigeren Monatskarten ersetzt. Die Aufhebung der Militärfahrpreise läßt sich mit der besseren Bezahlung der heutigen

Soldaten begünstigen. — Stadtr. Schwall wünscht, daß die Wochenkarten nicht nur von Montag zu Montag gelten sollten, sondern von dem Wochentage, an dem sie gelöst werden bis zu dem entsprechenden Tage der nächsten Woche. Des weiteren trat er für weitgehende Berücksichtigung der Schwerfriegelschädigten ein. Schließlich befragte Gen. Schwall den Ausbau und die Inbetriebnahme der Linie durch die Rippurstrasse; ohne den Ausbau des Bahnnetzes werde die Straßenbahn nie rentabel werden.

Zum Schluß wurde unter Vorsitz von Stadtrat Gen. Beck noch die Gewährung der Feuerungszulage für die Bürgermeister besprochen und auch genehmigt. Da die Bürgermeister auch nur als Beamte der Stadt anzusehen sind, so ließ sich sachlich gegen ihre gleiche Behandlung wie gegenüber der übrigen städtischen Beamten nichts einwenden. Das war auch der Gesichtspunkt, von dem aus die Genossen Vöhringer und Sauer wie auch Beck die Annahme der Vorlage befragten. Das Zentrum nahm einen geradezu unverständlichen Standpunkt ein, es stimmte der Bewilligung gar nicht zu, erklärte aber, nicht gegen die Gewährung der Zulage an sich zu sein!! Imponieren konnte diese Haltung wirklich nicht. Wir Sozialdemokraten wissen uns doch wirklich frei von Synkretismus für verschiedene der Herren Bürgermeister. Aber eine sachliche und unparteiische persönliche Gegenüberstellung der Zulagen einer Zulage, die alle übrigen Beamten der Stadt bewilligt wurde, zum Ausdruck zu bringen, durch Verabredung also von Stockprügeln auf den Magen, das wäre doch ein Verhalten, das nicht nur kleinlich und engherzig, sondern tief beschämend für eine Partei zu nennen wäre. Solche Kompromisse sind unsere Partei nicht gewohnt anzunehmen. Die Zulagen wurden gegen das Zentrum und die Unabhängigen bewilligt.

Um 1/9 Uhr wurde die Sitzung abgebrochen. Die Fortsetzung der Beratung ist auf Freitag Mittag 4 Uhr festgesetzt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 21. August.

Für das Wohl unserer Jugend.

Befanntlich wurde auch dieses Jahr die Einrichtung getroffen, daß Kinder, denen es nicht möglich ist, ihre Ferien in der Sommerfrische zuzubringen, unter Leitung von Frauen an zwei Nachmittagen in der Woche (Dienstag und Donnerstag) Spaziergänge in der Umgebung machen. Wie sehr diese Ausflüge einem tatsächlichen Bedürfnis entsprechen, beweist die immer größer werdende Beteiligung der Jugend. In Lust und Freude verbringen die Kinder die Nachmittage und man ist froh, daß man ihnen Dank der Spenden von Wohlthätern auch Erfrischungen bieten kann. Leider sind die bisher aufgebrachten Mittel bald erschöpft, doch glauben wir bestimmt, daß es genug Leute gibt, denen das Wohl unserer wenigerbemittelten Jugend am Herzen liegt und die gern durch eine Spende zur Freude und Gesundheit der Kinder auch fernershin beitragen werden.

Für Ferienausflüge sind weiter eingegangen: Unkel 4 M., Frau Hörmann 2 M., Fr. S. 3 M., Frau Günter 1 M., Genosse Köhler 1 M., Wäckerle 10 M., Gansner 25 Pf., Blöcher 10 Pf., Krieger 10 Pf., Fr. Meißner 10 Pf., im ganzen 491 M. Weitere Spenden nehmen dankend entgegen:

Geschäftsstelle des „Volkshaus“ (Luisenstraße 24), Frau Fischer, Morgenstraße 24, Frau Stoll, Ludwigsstraße 24, Frau Schwarz, Schützenstraße 10, Frau Müller, Sofienstraße 180, Frau Gerold, Rodstraße 16.

J. A.: Frau Stoll.

Die Lebensmittelpreise der Staatsbetriebe.

Aus Arbeiterkreisen schreibt man uns: Die Forderung des Abbaues der Preise wird jetzt allenthalben erhoben und die Regierung muß Mittel zur Verfügung stellen, um die Preise wichtiger Lebensmittel auf ein erträgliches Maß herabzusetzen zu können. Wenn nun Staatsbetriebe an ihre Arbeiter Lebensmittel zur Verteilung bringen, so sollte man Mittel und Wege finden, solche zu einem Preise zu liefern, den die Arbeiter auch bezahlen können. Aber dieser Tage wurde in der hiesigen Hauptwerkstätte bekannt gemacht, daß Fleisch zu 4 M. das Pfund und Butter 100 Gramm zu 60 Pf. zu haben sind. Jeder Arbeiter fragt sich, warum sollen wir für Fleisch den horrenden Preis von 4 M. bezahlen, wo der amtlich festgesetzte Höchstpreis von 3 M. doch schon reichlich hoch ist. Die Arbeiter fragen, wie kommt man zu dem Preise von 4 M.? Auch bei den sonstigen Lebensmittelpreisen ist die Hauptwerkstätte immer hoch oben, kostete doch der Liter Olivenöl 20 M., wo man sonst dieselbe Del zu 18 M. haben kann. Eine Aufklärung wäre hier dringend am Platze, denn die Arbeiter wollen wissen, ob Ueberhörsche gemacht werden und wozu diese wärenden.

Baugewerkschule und Hochschule.

Zur Frage der Gleichstellung der Baugewerkschulen mit den technischen Hochschulen schreibt uns ein Baugewerkschüler: Die Forderung des neu gegründeten Bundes sozialistischer Baugewerkschulen an Hannover nach Gleichstellung

der staatlichen Baugewerkschulen mit allen höheren technischen Lehranstalten als vorbereitende Anstalt der technischen Hochschulen wird von einem St. Artiller der „Deutschen Lab. Zeitschrift“ in etwas hochmütiger Weise kritisiert, welcher Artikel im „Karlsruher Tagblatt“ vom 12. August zum Abdruck kam.

Wir als Fachkennner war es erst unklar, welchem Zwecke dieser Artikel dienen sollte. Ich bin Besucher der hiesigen Baugewerkschule und muß die Forderungen des Bundes vollständig als berechtigt anerkennen. Der Artiller muß unsere fachliche Ausbildung anerkennen, jedoch hält er uns aus Mangel an Allgemeinbildung gewisse Rechte vor, wie es von jeder im alten System lag. Daß die Studierenden der Baugewerkschule nur zur fachlichen Ausbildung als tüchtige und zuverlässige Berufsmänner die Anstalt besuchen, zeigt die Privatpraxis des Bauberufes. In der Natur des Bauberufes liegt es, daß hierzu nicht gefällige Allgemeinbildung, sondern Sachlichkeit, Grundbedingung ist. Es ist der Praxis nur mit fachlich Ausgebildeten, die aber auch wirklich das Gelehrte durch Energie in die Tat umzusetzen vermögen, gebietet. Ich befinde mich in reiferem Alter, stand längere Jahre in Privatpraxis größerer und großer Firmen mit dem Endeffekt vollster Zufriedenheit. Wirkliche Kenntnisse und der Allgemeinbildung zugute kommende Arbeiten bringen allein das Ansehen und den Stand hoch. Es sollten daher die Behörden darauf bedacht sein, den Unterschied zwischen Hochschule und Baugewerkschule mehr verschwinden zu lassen, denn unter beiden Kategorien gibt es Leute, die mehr oder minder Kenner der Baupraxis sind, aber auch solche, die ohne große Kenntnisse im Geschäftsbereich sich bewegen können. K.

Berein Arbeiter-Jugend (Freie Jugend). Heute abend 8 Uhr findet im Handarbeitsaal der Gehlschule eine Zusammenkunft mit Spielen und Lesen statt, außerdem Vortragsabend.

Sozialdemokratischer Verein. Heute abend 8 Uhr in der „Krone“ Vorstandssitzung.

Sozialdemokratische Partei (Bezirk Baden). Die Mitglieder des Bezirkskomitees sowie die Genossen, welche zur Regelung der Allmendfrage bestimmt worden sind, werden gebeten, morgen Freitag abend 8 Uhr vollständig im „Karlsruher Hof“ zu erscheinen.

Konzertsaal. Heute abend 8 Uhr statt „Rüst Casimir“, „Das Dreimäderlhaus“ mit Herrn Schwert als Schubar.

Gewerkschafts-Kartell Karlsruhe.

Die Kartenabgabe für die Volksvorstellung des Landestheaters im Stadt-Konzertsaal am Sonntag, 24. Aug., nachmittags 2 Uhr, findet am Freitag abend 7 Uhr in folgenden Lokalen statt: Für die Oststadt in der „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstraße 13, für die Südstadt im „Auerhahn“, Schützenstraße, für die Weststadt in der Restauration „Zur Palme“, Leffingstraße 40. Zur Aufführung gelangt die Operette „Rüst Casimir“. Der Preis der Karten beträgt: Parterre 1.50 M., Gallerie 1.20 M.

Kleine Nachrichten.

Weimar, 20. Aug. Auf Antrag des Reichsministers der Finanzen ist das Reichsministerium der Justiz bereits am 16. d. M. mit der Prüfung der Unterlagen eines gegen den früheren Staatssekretär Dr. Helfferich einzuleitenden Strafverfahrens wegen Verleumdung des Reichsfinanzministers beauftragt worden.

Madrid, 20. Aug. Wie die „Times“ aus Barcelona berichten, wurde durch eine von den Unternehmern angeordnete Sperre 180000 Arbeiter brotlos. Die Lage verschärft sich auch in anderen Städten. Die Regierung trifft Vorkehrungsmassnahmen.

Briefkasten der Redaktion.

J. D. Untergrombach. Wenden Sie sich unter genauer Angabe der Verhältnisse an das Sekretariat des Reichsbundes der Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, Karlsruhe, Schloßbezirk 10.

J. S. Mühl. Sie können dagegen nichts machen; der Zeitung steht dieses Recht zu. Auch bei uns kommen solche Ablehnungen vor.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Rabel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Gesangverein „Lassalla“.) Heute Donnerstag 8 Uhr Zusammenkunft bei Mitglied Stöffelmeier zum „Prinz Ludwig“, Rippurstrasse, nicht wie bekannt war im „Merkur“. Am Samstag abend 8 Uhr Zusammenkunft der Sänger zu besonderem Zweck in der „Krone“, Georg-Friedrichstrasse. 5767 Der Vorstand.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Freitag abend 1/8 Uhr Zusammenkunft sämtlicher Abteilungen in der Uplandstraße, Schützenstraße. Vollständiges Erscheinen auch der Oberstufe unbedingt notwendig. 5781

Durlach. (Naturfreunde.) Am Donnerstag, 21. August, findet ein Abendspaziergang nach dem „Schützenhaus“ zu Mitglied Jörgensen statt, wozu mit der Bitte um zahlreiche Beteiligung eingeladen wird. Abmarsch 1/8 Uhr vom Lokal am „Goldenen Löwen“. 5772 Der Obmann.

Liebstheim. (Sozialdemokratischer Verein.) Am Samstag, den 23. August, abends 8 Uhr findet im „Ochsen“ Parteiverammlung statt. 5764

Kaufmännische Lehrlinge.
für Papier, Holzwaren, Schuhwaren, Großhandlungen, Samenhandlung, Kolonialwaren, Delikatessen, Eisenwaren, Chemische Fabriken, Farbenfabrik, Fournierfabrik, Zigarrenfabrik, Zeitungswesen, Buchhandlung, Elektrotechnik, Büros, Schlosserei-Büros, Versicherungen, Dentalfabrikation, Badpulverfabrik, Papierfabrik.

Behrmädchen
für Büroarbeiten, Spielwaren, Schreibwaren, Luxuswaren, Hausartikel, Uhren- und Goldwaren, Fußbodenlauf.

Handwerker-Behrlinge
für hier ohne Kost und Wohnung:
Gärtner, Steinbauer, Keramiker, Galvaniseur, Kupfer- schmied, Hof- und Wagen- schmied, Blech- und Installateure, Zentralheizungsanlagen und Installation, Maschinen- und Schmiedeleister, Bandagist, Färber, Buchbinder, Goldschmied, Sattler und Tapeziere, Polsterer und Dekorateur, Holzschmied, Schreiner, Würtelmacher, Holzgeräthbauer, Fleischer, Glaser, Maler und Anstreicher, Schlosser, Steinbruder, Schriftsetzer; 5711

nach auswärts mit Kost und Wohnung:
Feinbrotbäcker, Wagner, Küfer, Maler und Anstreicher.
Städt. Arbeitsamt
Jägerstraße 100.
Lehrstubeabteilung.

Weißer Käse.
Verkauf von weißem Käse Donnerstag, den 21. August bis Samstag, den 23. August 1919, in den Getreideverkaufsstellen Nr. 63 bis Nr. 65 einschließlich an die dort eingetragene Kundschaft gegen die Warenkarte J Nr. 118. Kopfmenge 1/2 Pfund. Preis Mk. 1.20 für das Pfund.
Karlsruhe, den 20. August 1919. 5776
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Bekanntmachung.
Die Mitglieder des Bürgerausschusses beehre ich mich hierdurch zur Erledigung des Restes der Tagesordnung für die Bürgerausschusssitzung vom gestrigen auf morgen
Freitag, den 22. August ds. Js., nachmitt. 4 Uhr in den großen Rathsaal einzuladen.
Karlsruhe, den 21. August 1919. 5768
Der Oberbürgermeister.

Volkshandlung der sozialdem. Partei
befindet sich jetzt **Adlerstraße 16**

Daniels 5769
Konfektionshaus
Wilhelmstr. 34. Tel. 18.46.
Neu eingetroffen:
Farb. Waschkleider
Mk. 65.—,
Schossblusen 25.00 an.

Selbstgefertigte Rinderhäuschen
mit und ohne Leibchen, nur aus Friedensstoffen, offeriert billig.
Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft,
Kronenstr. 52, Tel. 3747.

Bewährteste Mädchen!
Hochinteress. Eitenschilberung aus dem Großstadt- sump. Seltene Buch Jeder Erwachsene muß es lesen.
2.70 Mk. Globus-Verlag
Abt. B 304, Jena 58.

Karussell, Schiffschaukel-Besitzer
nm. 5717
können am Sonntag, den 31. August, auf dem **Karlsruher Mehlpfad** anlässlich eines Turnfestes ihre Karussells, Schiffschaukeln usw. ausstellen. Angebote an J. Eisele, „Volkshaus“ oder Gartenstadt, Afernweg 50.

Gustav Karl Wilhelm Kleiber, Landwirt, Emil Rudolf, Vater Eugen Geppert Kaufmann, Erna, Vater Karl Christian Meit, Fabrikarbeiter, Gertrud Helotte, Vater Hermann Morlod, Fabrikarbeiter, Albert Karl, Vater Albert Schmählin, Notstandsarbeiter, Max, Vater Karl Otto Hiltner, Bauern, Mathilde Sofie, Vater Karl Johann Hiltner, Hofbesitzer, Landwirt.

Esterbälle. Salomea geborene Stöck, Witwe des Bahnarbeit. Michael Hoffmann, 70 Jahre alt. Friederike Magdalena geborene Schäfer, Ehefrau des Handformers Johann Heinrich Dürck, 83 J. alt.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe.

An unsere Mitglieder!

Der Stadtrat Karlsruhe hat nunmehr die
Umschreibung

unserer Mitglieder, soweit solche noch nicht für Brot, Butter, Eier und sonstige Lebensmittel bei uns eingetragene sind, gutgeheißen. Es ist also jetzt jedem Mitglied Gelegenheit geboten, seinen täglichen Bedarf bei uns einzukaufen, die Umschreibung ist bei der Kartenstelle des Nahrungsmittelamts, Nowackanlage 19

unter Vorlage des Mitgliedsbuches und genauer Angabe der Verkaufsstelle, in welcher der Einkauf erfolgen soll, zu beantragen. Auch neu beitretende Mitglieder sind berechtigt, beim Nahrungsmittelamt die Umschreibung auf eine unserer Verkaufsstellen zu verlangen. Gleichzeitig bitten wir, sich auch in der betreffenden Verkaufsstelle einzuschreiben, damit wir in der Lage sind, dieselbe rechtzeitig mit den nötigen Waren zu versehen.

Karlsruhe, den 20. August 1919.
Der Vorstand.

Die Vereinigung der Unternehmer der Karlsruher Reinigungs-Institute

gestatten sich hiermit ganz ergebenst der verehrl. Kundschaft zur Kenntnis zu bringen, daß sie mit Rücksicht auf die allgemeine Teuerung, der sehr hohen Arbeitslöhne und Materialpreise, insbesondere Leder etc., rückwirkend ab 1. August d. J. einen allgemeinen Preisanschlag einreihen lassen. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß unsere verehrl. Kundschaft dies den heutigen Zeitverhältnissen entsprechend berücksichtigt.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Die Vereinigung Karlsruher Fenster-
reinigung-Unternehmer:
F. W. Miethe, Kronenstr. 46
Süddeutsch. Reinigungs-Institut
Kaiserstr. 34a 5768
Karl Reiß, Brunnenstr. 10
Adolf Kiesel, Rudolfstr. 10
August Wipfler, Luisenstr. 61.

Zentralverband der Angestellten. Sektion „Industrie“.

Berichtigung.

Unsere Versammlung findet nicht, wie es gestern fälschlich geheißen, heute Donnerstag, sondern
morgen Freitag
abends 7/8 Uhr in der „Krone“ statt.
Der Sektion-Vorstand.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands, Filiale Karlsruhe

Achtung Herrenmaßschneider!

Freitag den 22. August 1919, abends 7 1/2 Uhr,
findet im „Goldenen Adler“ (Saal), eine
Versammlung der Herrenmaßschneider
statt.
Tagesordnung:
Berichterstattung der Lohnkommission.
Referent: Geschäftsführer Koenige Weisk.
Vollständiges Erscheinen erwartet 5765
Die Ortsverwaltung.

Zahlungsaufforderung.

Das zur Zahlung verfallene Schulgeld für das 1. Vierteljahr 1919/20 der Knaben-Vorschule ist bis spätestens 22. d. Mts. an die unterzeichnete Kasse zu entrichten.
Noch Ablauf dieser Frist hat der Schuldner die in dem Schulgeldforderungszettel angegebene Vermögensgegenstände zu bezahlen, außerdem müßte gegen die säumigen Schuldner Zwangsvollstreckung angeordnet werden.
Zahlungen erfordern wir tunlichst barlos durch Überweisung auf Postkontokonto Nr. 3 oder Sparkasse Girokonto Nr. 96 oder Konto Bad. Bank zu leisten wobei die Schule und Ordnungszahl des Forderungszettels anzugeben ist.
551
Karlsruhe, den 6. August 1919.
Stadthauptkasse A.

Fahrrad-Vereifung

Landdecken
Deutsches Fabrikat zu 60 M.
Ausland. „ 80 „
ver Stück
Luftschläuche
Deutsches Fabrikat zu 40 M.
Ausland. „ 55 „
ver Stück 5720
sofort lieferbar, groß. Lager
Fahrradhaus
Peter Oberhardt
Karlsruhe, Amalienstr. 57.
551
Lieferer die
Buchdruckerei Volksfreund

Gesangv. Badenia E. V.

Zu dem am Sonntag, den
24. August, nachmittags 4 Uhr,
im „Kaisergarten“ stattfindenden
Garten-(Kinder)-Fest
werden die verehrl. Mitglieder mit Angehörigen
freundschaftlich eingeladen.
Das Gartenfest findet nur bei schönem Wetter
statt und ist vollzähliges Erscheinen der Herren Sängern
erwünscht.
5708
Der Vorstand.

Billiges Gelände für Kleingärten.

In der Nähe des neuen Hauptbahnhofes ist billiges Gelände für Kleingärten zu verkaufen. Nur geringe Anzahlung und mäßige jährliche Abzahlung erforderlich. Auskunft erteilt Terrain- und Baugesellschaft Südbaden, Sothenstraße 56, Telefon 545.

Die
**Damen-
Hutfabrik**
Carl Kraemer & Cie.
Kriedenstr. 7 Karlsruhe i. B. Tel. Nr. 624

übernimmt das **Umfassonieren** von Damen-
Häuten, Haar-, Pelour-, Sammet- und Plüschhüten
nach den neuesten Modellen der
Winterjahre 1919/1920 unter
Garantie fachmännischer
Ausführung und
schnellster
Lieferung.

Räumungs-Verkauf. Große Posten Holzsandalen

sowie Sandalenhölzer mit Zubehör, von
Größe 25-42, per Paar 50 Pfennig
solange Vorrat.
J. Landmann,
Kaiserstraße 22.

Stärke Wäsche

bisorgt bei achtägiger
Lieferzeit
Dampfwalkanstalt
Schorpp
Annahme-Stellen:
Karlsruhe:
Ludwig-Wilhelmstr. 5.
Kaiserstr. 34 u. 243.
Gerwigstr. 46.
Amalienstr. 15.
Waldstr. 64.
Wilhelmstr. 32.
Augustastr. 13.
Schillerstr. 18.
Kaiserstr. 87.
Gabelsbergerstr. 1.
Rheinstr. 18.
Durlach:
Hauptstr. 15.

ALA Chem-Fabrik AG
Frankfurt/M.

besten
**Schuh-
Putz**

Zentralfabrik: Beckenheimer-Ldsr. 18
Tel. Taunus 1761/62, Hansa 7978.

Zigaretten

100 Stück 10 M., gibt ab
Nieß, Gräfelfing.

Küfer

suchen zum sofortigen
Eintritt
**Heinrich Baer
& Söhne**
Dampf-Branntwein-
Brennerei. 5778

Städtisches Konzerthaus.

Donnerstag, den 21. August 1919. 5775
„Das Dreimäderlhaus“.
Singspiel in drei Akten
von Dr. A. M. Withner und Heinz Reichert.
Musik nach Franz Schubert.
Anfang 7/8 Uhr. Ende 11/11 Uhr.

Gebrüder Scharff

Kolonialwaren- und Weingrosshandlung
Telephon 741.
Karlsruhe: Amalienstr. 27, Rudolf-
str. 21, Rheinstr. 59,
Kriegstr. 105.
Kallmünz, Teutschneut, Linken-
helm, Hagsfeld, Blankenloch.

Preisabschlag

Oelsardinen
feinste französische, Dose Mk. 1.95
Oelsardinen
feinste französische
(Oel und Tomaten), Dose Mk. 2.85
Schweinsleberpail
(Brotanstrich) . . . Dose Mk. 2.10
Majesheringe . . . Stück „ -12
Olivenöl, fste. Qual., Ltr. „ 17.50
Schweinschmalz
garantiert rein . Pfund Mk. 10.-
Reis, vorzögl. Qual. „ „ 2.80
Stärke, kein Ersatz „ „ 14.-
Invertzucker
(zum Einmachen
geeignet) . . . Pfund Mk. 3.-
Sowie sämtl. anderen sich im freien
Handel befindlichen Waren gut u. billig.
Ferner empfohlen: 5761

Fliegenfänger Stück 15 Pfg.	Zapfs Most- Ansatz Für 50 Liter Mk. 7.-.
Essig Tafelessig Lt. 45g fest, Weinessig Liter Mk. 1.60	

Standesamt-Ausgabe der Stadt Karlsruhe

Eheausgebote. Philipp
Huber von Freilohheim,
Dreher hier, mit Paula
Ehler von hier, Alfred
Gießer von hier, Chemiker
hier, mit Marg. Kroll von
Diagenheim, August Schuch
von Seidenheim, Kaufmann
hier, mit Hilma Schiller
von hier, Julius Schieren-
beck von Eien, Dipl.-Ing.
in Baden, mit Leonore
Perrin von hier, Adolf
Friedrich von Durlach, Dozent
hier, mit Veria Burger von
Augsburg, Josef Selzer von
Altenheim, Postleitet. hier,
mit Emilie Wieg von hier.

Eheschließungen Josef
Regenauer von Urzlingen,
Handelsleitet in Ger-
sbach, mit Marg. Herrmann
von hier, Otto Lohpach von
hier, Sattelmacher hier, mit
Josefina Hübler von
Herrnau. Wilhelm
Fels von hier, Kaufm. hier,
mit Elisabeth Hübler von
hier, Markus Hübler von
hier, Postbote hier, mit
Vertrautung Luise von
Dob. Bernhard Steiner
von Wülfersbach, Oberpost-
meister hier, mit Juliana
Fegler von Leuten. Hugo
Zimmermann von hier,
Kaufm. in Mannheim,
mit Vertha von Darm-
stadt, Adalbert Baumann
von Mannheim, Dipl.-Ing.

in Mannheim, mit Elise
Beck von Eberfeld.
Geburten. Ruth Emilie
Mara Elise, Vater + Emil
Pottier, Buchhalter, Hel-
mut Albert, B. Karl Vols,
Stellvertreter. Herbert
Josef Curt, B. R. Golo-
schmidt, Bleicher und In-
stallateur, Erich Gustav
Jerm, B. Gustav Blaudich,
Vizewachmeister, Luise
E. Eugen Gruber, Kaufm.
Elvride Anna, B. Karl
Löffler, Wagenführ. Veing
Helmut Kurt Trifan, B.
Julius Birmelin, Kauf-
mann, Margareta, B. Josef
Schneider, Wagnermeister.
Julius Max, B. Wilhelm
Daum, Buchhalter, Kurt,
B. Leopold Weder, Hilfs-
arbeiter, Walter Bernhard,
B. Adolf Bruder, Schu-
mann, Otto Wolf, B. Otto
Jungling, Fabrikarbeiter
Olga Maria, B. Karl Al-
brecht, Wagenführer. Er-
win Ludwig, B. Eugen De-
mire, Fader, Hermann
Kurt, Vater Otto Veing,
Buchhalter, Josef Franz
Karl, B. Josef Kupfer,
Vorfänger, Olga Anna,
B. Christ. Künke, Schnei-
der. Otto Ludwig Emil,
B. Franz Klein, Straßen-
bahnkassierer, Friedrich
Franz, B. Friedrich von
müller, Postbote, Grete
Elise, B. Johann Gosal,
Zergeant, Erna Elise, B.
Heinrich Mayer, Broden-
erich, Vater Heinrich Diet-
brodt, Schm.

Seitens
monatl.
4,70 M.
De
Mad
Landtag
den wi
mer wi
und So
und Be
herausg
gebende
Am
tion i
gebende
Ausfüh
nung
gen beh
gen: ei
weilgeh
soll sein
Wohnu
weilgeh
In beite
erleffen.
ter, M.
Berord
samm
Ganz m
im atch
Be: f
tekur
K o l e
bebe: r
sch: edt
die gang
können.
weldre
Wie
Fragen
mit der
Es ist e
den, der
Gästere
rum r
n a l o e r
ist eine
der den
freien,
den Arb
wieder
Berittu
rück auf
nüt auf
fich u
in der
werten
hat, Kom
den Sch
rung an
gen: f
dam Pa
wülfste
Fest
über Wi
berher
berüch
ficht auf
griff ge
die Anke
der: f
für: ter
um: beh
verlangt.
M: im
Die Pro
Die Reg
beförder
unbe: f
und Bea
hinder: i
hier: u
merien i
gen be
volles
während
willige
ter, tro
weil: man
Es kam
zu fande
Erzählun
und Krei